

Der VI. Weltkongress

Genosse Bucharin über Imperialismus und Kriegsgefahr

Moskau, 30. Juli 1928.

In der sechsten Sitzung des 6. Weltkongresses am 30. Juli, vormittags, unter dem Vorsitz des Genossen K e m m e l e führt Genosse Schüller in seinem Schlusswort aus:

Die Jugendfrage wurde in der Diskussion durch die Vertreter der Parteien nicht genügend behandelt. Eine Ausnahme war Genosse T h a m a n, was kein Zufall ist, da wir in Deutschland eine immer bessere Zusammenarbeit zwischen der Partei und dem kommunistischen Jugendverband feststellen können.

Aus dem Diskussionsreferat ist zu entnehmen, daß die Parteien mit einem Referat in bezug auf die Aufgaben der K P J. im allgemeinen einverstanden sind, und wir müssen mit Befriedigung feststellen, daß der Standpunkt, die politische Arbeit der Jugendverbände einzuschränken, in der Diskussion nicht vertreten war. Die kommunistische Jugend ist entschieden für Selbstkritik, sie anerkennt ihre Fehler und Schwächen und ist bestrebt, daraus — insbesondere was das Verhältnis zwischen dem Einfluß und der organisatorischen Stärke der K P J. anbetrifft — entsprechende Schlüsse zu ziehen.

Nach der Rede des Genossen Schüller beginnt das

Schlusswort des Genossen Bucharin.

Genosse Bucharin führte in seinem Schlusswort an:

Die Diskussion hatte ziemlich positive Seiten:

1. Kritik und Selbstkritik.
2. Fast alle Parteien haben daran teilgenommen.

Zu ersten Male sahen wir eine so umfangreiche Diskussion, bei einer so umfangreichen Teilnahme von Regier-, parlamentarischen, besonders chinesischen, und südamerikanischen Delegierten und von Vertretern kleiner Parteien. 3. Viele richtige kritische Bemerkungen in der Bauernfrage, in der Arbeitslosenfrage, der Kolonialfrage, der Regierfrage, in der Frage des Organisationsapparates usw. Regative Seite der Diskussion war die, daß die Diskussionsführer — mit wenigen Ausnahmen — sich begrenzten auf das eigene Land, ohne Verührung der fundamentalen internationalen Fragen.

Manche Genossen sind gegen die Dreiteilung der Nachkriegsperiode in meinem Referat und in meinen Thesen und Leugnen insbesondere die Notwendigkeit der Unterscheidung der Periode der allmählichen teilweisen Stabilisierung, die wir im Jahre 1925 zum ersten Male feststellten, und der Periode des raschen technischen Fortschrittes, mit beschleunigter wirtschaftlicher Reorganisation und gleichzeitiger härtester Entwicklung der weltwirtschaftlichen Widersprüche. Wir schätzen heute die Stabilisierung nicht deshalb anders als 1925 ein, weil wir klüger geworden sind, sondern weil die objektive Lage wesentlich anders ist. Die Ueberschreitung des Vorkriegsniveaus durch den Kapitalismus muß die Einschätzung der kapitalistischen Stabilisierung wesentlich verändern, im Vergleich mit der früheren Periode, als die Hebung der Produktivkräfte in einzelnen Ländern noch mit Recht als etwas Zufälliges betrachtet werden konnte. Wenn einige Genossen sagen: kein Unterschied zwischen den zwei Perioden, aber eine Verschärfung der Gegensätze; kein Unterschied, aber in China steht ein neuer Krieg bevor; kein Unterschied, aber neue Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion — dann ist das keine logische Schlussfolgerung.

Manche Diskussionsredner, wie der Genosse Murphu, verlangen vom Berichterstatter des K P J. das Herumspazieren über alle Länder der Welt. Dies würde die Vertreter einzelner Länder mehr befriedigen, wäre aber nicht marxistisch. Wir mußten vor allem die Grundbedingungen der internationalen Entwicklung analysieren und darauf unsere Taktik aufbauen.

Die Achse der Weltlage ist die Kriegsgefahr.

Wie sehr sich der Imperialismus und die Sozialdemokratie durch unsere Feststellungen bezüglich der Kriegsgefahr betreffen fühlen, beweist ihr wütendes Reagieren auf diesen Punkt meines Referates. Die polnische Regierungspresse bemüht sich zur Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion und zur Terrorhege gegen

die polnischen Kommunisten. Der „Vorwärts“ vom 22. Juli spricht vom „Wunderglauben der Kommunisten an den Krieg“ und von der Auffassung der „vulgär marxistischen Theorie“, daß das Wachstum des Kapitalismus zum Kampfe um die Märkte, dies zum Krieg und der Krieg zur Revolution führe. Dies war aber die Einstellung der Kongresse der 2. Internationale, besonders auch der deutschen Sozialdemokratie auf dem Chemnitzer Parteitag im Jahre 1912. Die Ereignisse zeigten, daß diese Einschätzung der Wirklichkeit entsprach. (Im Hand ausführlicher Zitate zeigt Genosse Bucharin auch auf, daß dies tatsächlich der Standpunkt solcher „vulgärmarxistischen“ wie Marx, Engels und Lenin gewesen ist.)

Die Imperialisten und die Sozialdemokraten sind deshalb so aufgeregt, wenn man vom Kriege spricht, weil der Krieg gerade die Kernfrage der Weltlage ist. Wir behaupten nicht, daß sich die Kriegsperspektive unbedingt in ein paar Monaten realisiert, aber es handelt sich für uns um einige Monate oder auch Jahre, sondern um die Tatsache, daß die Imperialisten den Angriffskrieg vorbereiten, daß der Krieg in Ostasien schon da ist, daß der Knotenpunkt Japan—Amerika sich immer mehr verwickelt usw. Die Imperialisten und die Sozialdemokraten haben ein Interesse an der Verkleinerung dieser Tatsache, wir aber nicht. Deshalb bin ich gegen jeden Versuch, die These über die Kriegsgefahr abzuwachen, sei es auch dadurch, daß die inneren Widersprüche der kapitalistischen Staaten mit den außenpolitischen Widersprüchen gleichgesetzt werden, was eine Unterschätzung der Kriegsgefahr darstellt und ein Ausdrück rechter Abweichungen sowie von Mangel an Internationalität ist. Obwohl die Erfahrung zeigt, daß die meisten Revolutionen mit Kriegen verbunden waren, wie die Pariser Kommune, die russische Revolution, 1905 und 1917 usw., es wäre trotzdem eine Dummheit, unsere Perspektive und Taktik ausschließlich auf dem Kriege aufzubauen. Der Zusammenhang zwischen den äußeren und inneren Widersprüchen des Kapitalismus darf aber nicht effektiv beurteilt werden. Eine unmittelbare revolutionäre Situation ist auch aus den inneren Widersprüchen möglich, sogar wahrscheinlich, sie ist aber im Zusammenhang mit einem Kriege unaussprechlich. Dabei bestehen die wichtigsten inneren Widersprüche der imperialistischen Staaten auf internationalen Widersprüchen, beispielsweise die inneren Widersprüche des britischen Weltreiches auf dem Konkurrenzkampf mit Amerika usw. Der „Industriefriede“, das Verwachsen der Sozialdemokratie mit dem Staatsapparat usw., sind ohne eine Analyse der internationalen Situation unerklärbar, da sie Methoden zur Vorbereitung des Krieges sind, ebenso wie die Orientierung der Sozialdemokratie auf den Völkerbund, das Militärgesetz P a u l D o n o u r s und vieles andere. Deshalb müssen wir dem Problem der Kriegsgefahr alle anderen Probleme unterordnen, auch das Problem der inneren Widersprüche. Unsere Behandlung der Tagesaufgaben unterscheidet sich von der der Sozialdemokratie auch darin, daß wir sie mit den Fragen der großen Politik verbinden. Beispielsweise wäre ein englischer Kommunist, der einen kleinen oder einen großen Streit führt und ihn nicht mit der Forderung der Abschaffung der Gewerkschaftsbills und dies mit der Frage der Kriegsgefahr verbindet, kein Kommunist. Wir müssen in unserer Tagesarbeit immer wieder darauf hinweisen, daß beispielsweise die Wirtschaftsdemokratie, das Schlichtungswejen und das Gewerkschaftsgejet in England nicht nur wirtschaftliche und innenpolitische Bedeutung haben, sondern auch als Instrumente der Kriegsvorbereitung. Nur dies ist eine marxistische Koordination aller Probleme um das Kernproblem. (Schluß folgt.)

Kriegsgefahr ist Massenwahn — sagt die G P D. - W e f f e

Das wütende Geschwätz der sozialdemokratischen Presse gegen den 6. Weltkongress der kommunistischen Internationale geht weiter. Immer wieder dasselbe plumpe Manöver; weil das Referat Bucharins und die Thesen des Kongresses die Kriegsgefahr als das zentrale Problem der Weltlage aufzeichnen, soll die kommunistische Propaganda nach Ansicht der G P D. die Kriegsgefahr selbst fordern. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Warum soll ich denn nicht ausziehen?“ fragte sie die Kühe, die friedlich und nach in ihrem kurzen Fell dastanden. . . „Ihr habt gut, daß ihr nichts anhabt! Ihr braucht euch auch nicht über eure Familie zu ärgern! . . .“

Das Rad der Schustarre, gefolgt von den biden Knöcheln Charlottes, die über die Terrasse kamen, erschienen im Rahmen der Luke, die auf der einen Seite des Stalles das Tageslicht einließ.

Schnell zog sich Spirita ihren Kittel über den Kopf, wie man das Fell eines Hasen umwendet und abzieht. Ihre kurze Mähne schüttelnd legte sie den leichten Stoff neben ihr Hemd auf einen Haufen.

„Ach, nun ist mir wohl!“

Sie hatte ihre Heugabel wieder ergriffen, küstete und glättete den Radelstopp, und freute sich an dem Spiel ihrer Glieder. Ihr schlanter Körper bewegte sich geschmeidig in dem schwülen Halb Dunkel, das ihre goldbraune Schlantheit noch heller erscheinen ließ.

Sie war sprungbereit, sich sofort wieder anzukleiden, sobald sie ihre Mutter kommen hörte, die sie außer ihrem Bruder allein im Hause fürchtete.

Aber heute ist Ludwig mit dem ersten Zug weggefahren, um seinen Sonntag in Saint Raphael zu verbringen.

Spirita lachte still für sich bei dem Gedanken an das Gesicht, das ihre Schwester machen würde, wenn sie wieder hereinkäme.

Das Rad der Schustarre quieschte.

„Oh! machte Charlotte und stellte ihre Last nieder. Und dann rief sie wütend von der Tür her:

„Mutter! Spi ist wieder mal ganz nackt!“

„Kaiserschmelz!“

Die Stimme der Frau Arelli tadelte von weitem scharf:

„Spirita!“

Die aber schrie aus vollem Halse: „Mutter, ich hatte eine Denkrede im Rücken!“ Damit hatte sie sich schon auf die Angeberin gestürzt und pöbelte sie.

„Gemeines Vieh! Wenn ich alles sagen wollte, was ich von dir weiß!“

„Da hab ich keine Angst! Ich zeig ja nicht der ganzen Welt meinen bloßen Hintern!“

„Freiwillig! Das ist zu ehrlich! . . .“

„Nein vom Better Kopf anpacken!“

„Es ist die Absicht, künstlich einen Massenwahn, ein Wachwerden der Kriegspolizei zu erzeugen. . . Die großen Massenbetreiber in Moskau spielen mit dem Feuer.“

„Moskau spielen mit dem Feuer.“

Es gibt also keine Kriegsgefahr; das ist nur ein Massenwahn. Insofern es aber eine Kriegsgefahr gibt, sind die Moskauer Massenbetreiber daran schuld.

Die Redakteure des „Vorwärts“ sind am Ende ihres Satzes angelangt. Was werden sie erst beginnen, wenn in den nächsten Tagen der Kongress zur ausführlichen Behandlung des Kriegsproblems und unserer Kampfmethoden gegen den imperialistischen Krieg schreitet.

Phosgenlager auf einem Bahnhof!

(Eig. Bericht.) Berlin, 2. August. Unser Hamburger Bruderblatt, die „Hamburger Volkszeitung“, teilt mit, daß auf dem Bahnhof 4, Brückenstraße, an der Feuertrampe eine 6-Miljo-Stahlfalche mit Phosgen gefüllt lagert. Der Bahnhof 4 befindet sich im dichtestbesiedeltesten Proletarierbezirk Hammerbrook. Die Phosgen-Sendung soll anscheinend aus Berlin stammen. Die „Hamburger Volkszeitung“ teilt weiterhin mit, daß aber bereits weiter eingelagerte Mengen morgen Mittelnungen gemacht werden. Als vor einigen Monaten bei Stolzenberg in Hamburg die Phosgen-Vorräte zu jener entsetzlichen Katastrophe führten, wurde immer betont, daß es sich hier um Kriegsbestände handelt. Die jetzt neu aufgefundenen 6-Miljo-Stahlfalche Phosgen beweist, daß es sich nicht um alte Restbestände, sondern um die Kriegsbestände des neudeutschen Imperialismus handelt.

Lohnverhandlungen im Bergbau Ostober-Schlesiens ergebnislos

Nattowitz, 2. August. (Eig. Drahtb.) Am Dienstag fand vor dem Schlichtungsausschuß eine Verhandlung wegen der Löhne im ostober-schlesischen Bergbau statt. Die Arbeitnehmer forderten eine Erhöhung von 30 Prozent. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses schlug eine Lohnerhöhung von 5 1/2 Prozent vor; da jedoch beide Parteien diesen Vorschlag ablehnten und für eine größere Lohnerhöhung keine Mehrheit zustande kam, erklärte sich der Vorsitzende außerstande weiter zu verhandeln.

Noch ein Ausschluß aus dem Holzarbeiterverband

Berlin, 2. August. (Eig. Drahtb.) Der Hauptvorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat gegen den Chemnitzer Genossen Kurt Schneider ein Ausschlußverfahren eingeleitet. Genosse Schneider soll ausgeschlossen werden, weil er stets als Klassenkämpfer für die Interessen seiner Kollegen eingetreten ist. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat nicht das geringste gegen den Genossen Schneider ins Feld führen können, deshalb hat er ihm wörtlich genau das gleiche Schreiben geschickt, das vor einiger Zeit der ebenfalls vom Ausschluß bedrohte Genosse Ditz erhalten hat. Die Ausschüsse oppositioneller Kollegen werden also rein schematisch durchgeführt.

Kleine Nachrichten

29 Verletzte bei einem Eisenbahnzusammenstoß in Frankreich

11. Paris, 1. August. Am Mittwochmorgen ist der von Basel kommende Güterzug Basel—Calets in der Nähe des Bahnhofes Chalons sur Marne mit einem Militärzug zusammengestoßen. Die Maschine des Güterzuges fuhr auf die des Militärzuges auf und brachte einen Wagen des letzteren zur Entgleisung. In dem teilweise zerstörten Wagen wurden 20 Soldaten, darunter zwei schwer, verwundet. Die Verletzten wurden in das Militärkrankenhaus geföhrt. Der Verkehr konnte nach zwei Stunden wieder aufgenommen werden. Eine sofort eingeleitete gerichtliche Untersuchung ergab, daß der Lokomotivführer und der Heizer des Güterzuges die Haltsignale überfahren hatten.

Eisenbahnunfall im Mainzer Hauptbahnhof

11. Mainz, 1. August. Am Mittwochmorgen fuhr ein Erbsenwagen, von Wiesbaden—Wiedrich kommend, im Mainzer Hauptbahnhof aus noch nicht festgestellter Ursache auf einen Pressbock auf. Hierbei wurden zwölf Reisende verletzt. Eine Frau wurde nach ärztlicher Anordnung dem Krankenhaus zugeführt. Der Materialschaden ist gering. Der Betrieb erleidet keine Störung.

Dein Körper gehört Dir
Ein Roman von Victor Marguerite.
Autorisierte Uebersetzung von Joseph Chapira.
Copyright by Verlag Erich Reiß, Berlin.

Erster Teil.
Unmoral nennen wir jede Moral, die nicht die unsere ist. Alle, die ein wenig neue, noch unbekannte Güte in die Welt brachten, hatten die Verachtung der „auspandigen Menschen“ zu tragen. Anatole France.
I.
„Mein Gott! Diese Hitze!“
In einer Ecke des Stalles wühlte sich Charlotte Arelli, fest auf ihren knorren Beinen stehend, die Stirn. Sie hatte eben ihre neue Schustarre auf den roten knirschenden Haufen der Kiefernadeln ausgeleert.
„Nachs doch wie ich, zieh dein Hemd aus!“ rief Spirita der Schwester, während sie mit breiten Gabelschwüngen die Nadelstreu unter die Hufe der Tiere vertrieb. Sie schlugten mit den Schwänzen, um die lästigen Bremsen zu vertreiben.
„Da wirst doch nicht!“ protestierte empört Charlotte.
Als ältere Schwester, die auf Anstand hält, warf sie einen labenden Blick auf die jüngere, die munter in ihrem halboffenen Kittel hockte und bei jeder Bewegung ihre gebräunten kindlichen Schultern und ihre gelenkigen Arme bis zur Achsel zeigte.
Mit der Schlichtheit des noch unentwickelten Kindes, das lebhaft und gesund, nichts darin findet, sich so zu zeigen, wie es geschaffen ist, sowohl physisch wie moralisch, antwortete sie:
„Ich werde auch noch mein Kleid anziehen!“
Charlotte, die ihre Schustarre wieder hinausgeschob, rief ihr von der Schwelle aus freudig:
„Dabei soll ich dich nur erwischen!“
Eine Grimasse antwortete ihr.

Charlotte richtete sich mit bösen Augen und weißen Lippen auf.
„Was ich tue, geht dich gar nichts an! Eine Köhre von vierzehn Jahren! . . . Ich bin die Ältere und werde nächstes Jahr mündig!“
„Wenn schon!“
„Schweig und zieh dein Kleid wieder an!“
Auf den Behen stehend wie ein kampfbereites Böcklein, bot Spi ihr höhnisch Trotz. . . Brust heraus, Stirn gesenkt:
„Wenn ich mag!“
Eine Ohrfeige war die Antwort:
„Da!“
Mit einem Sprunge war das Mädel auf sie losgestürzt, beiden Schwestern packten einander. Aber Spi stellte der ein Bein und warf sie rücklings auf die Heubündel, die zum Abensutter für das Vieh bereitlagen; vergebens suchte sie sich an ihrer Gegnerin festzuhalten, die entglitt sinit ihren schlaffen Händen. Die Ältere stöhnte unter ihren Puffen. Die Jüngere ging immer heftiger ins Zeug:
„Da! Da! Dich will ich lehren!“
Da brüllte Charlotte:
„Mutter! Spi bringt mich um!“
Frau Arelli eilte auf den Lärm herbei:
„Wartet nur, ich komme!“
Diese Drohung genügt, um dem Faustkampf ein Ende zu machen. Ohne auf das Kommen ihrer Mutter zu warten, sauste Spi auf die Luke zu, raste im Vorbeilaufen ihr Kleid und ihr Hemd auf, schwang sich zu der Oeffnung empor und schlüpfte hindurch, gerade als Frau Arelli außer Atem den Stall betrat, um noch zur rechten Zeit die kleinen mustelösen Hinterbacken sich runden und verschwinden zu sehen.
Das Stannen schloß der Alten den Mund, wie sie der betäubten Charlotte aufstehen half. . .
„Adieu aufkommen!“ höhnte Spi auf der Terrasse. „Jetzt mach ich mich hübsch und geh zum Vater zum Essen.“
„Spirita,“ zankte die Mutter, „ich verbiete dir. . .“
Ein Lied setzte ein und verklang:
„Ludwig hat mehr Spaß am Lieben. . . Vater mehr am Regelschießen. . . mir ist meine Frage und's Mopsen geblieben!“
Und das Kind rannte schleunigst davon.
„Das ist eine! Das ist eine!“
(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Zwei Lohnerhöhungen — und nicht mehr Lohn

Dem „Breitlag-Kumpel“, Betriebszeitung der Kumpels von Gulbogrube und Deibrischschichten entnehmen wir folgende Schilderung über die letzten zwei Lohnerhöhungen im Bergbau:

Auf der Gulbogrube wurde z. B. bei einer Meisterkameradschaft von 6 Mann die Leistung um 6 Wagen herausgeholt. Vor zwei Jahren betrug die Gesamtleistung dieser Kameradschaft 51 Wagen und jetzt 66 Wagen und darüber hinaus. In der gleichen Zeit verdiente ein Bauer 5,80 bis 6 Mark. Jetzt verdient er höchstens 8 Mark. Während dieser Zeit hatten wir zwei Lohnerhöhungen, deren Tarifbauer jedesmal ein ganzes Jahr dauerte. Vergleicht man das Einkommen und die Leistungen der anderen Gruppen, so zeigt sich deutlich die tatsächliche Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft.

Dieses, wenn nicht gar noch schlimmere Zustände herrschen auf den Deibrischschichten.

An die Teilnehmer des Oppelner Gautreffens!

Damit jedem Teilnehmer Gelegenheit geboten wird, den Vorführungen der „Trommler“ beizuwohnen, werden „Die Trommler“ erst Sonntagabend im Freien auf der Festwiese aufzutreten. Die Saalveranstaltungen, welche nur einem kleinen Teil Zutritt ermöglicht hätten, fallen ganz weg. Die Vorführungen der „Trommler“ werden so eingerichtet, daß sie um 10 Uhr abends zu Ende sind. Wir bitten, daß sich die auswärtigen Kameraden dementsprechend einrichten.

Soweit die Kameraden von auswärts in Oppeln zu Mittag essen, sind Anweisungen ergangen, daß das Essen überall um 12 Uhr fertig sein soll. Auch da bitten wir die Kameraden, sich pünktlich einzufinden.

An die Dransportführer. Jeder Trupp von Kameraden und Parteigenossen, der in Oppeln eintrifft, hat sich sofort bei der Gantleitung wegen Zuteilung von Quartieren und Wagenweisung zu melden. Dabei ist anzugeben, wieviel Mitglieder im Trupp sind und wieviel sympathisierende Arbeiter am Gautreffen aus den verschiedenen Orten Oberschlesiens teilnehmen.

Gleiwitz

Weltliche Schule. Wir werden um Aufnahme folgender Notiz gebeten: Die weltliche Schule in Gleiwitz wird am 1. April 1920 errichtet werden. Die Anmeldungen müssen von beiden Eltern unterschrieben sein. Die Anmeldungen sind bis spätestens 1. November an Genossen Runge zu richten. Alle übrigen Auskünfte bei Schulfreund Nowicki, Gleiwitz, Albrecht-Dürer-Strasse 30.

Neuregelung der Schornsteinegebühren

Um eine einheitliche Regelung der Gebühren für das Schornsteinefegergewerbe herbeizuführen, hat der Regierungspräsident für ganz Oberschlesien eine einheitliche Kehrlohnrate herausgebracht, die bereits am 1. Juli 1920 in Kraft getreten ist. Für den Stadtkreis Gleiwitz gelten auf Grund dieser neuregelten Kehrlohnrate folgende Sätze: An Gebühren für das einmalige Kehren eines Schornsteines sind zu zahlen: Für einen Schornstein mit einem Querschnitt bis 21x21 Zentimeter dicke Welle: im 1. Geschoh 10 Pfg., im 2. 20, im 3. 25, im 4. 30, im 5. 35, im 6. 40 und im 7. Geschoh 40 Pfg.; für einen Schornstein mit einem Querschnitt über 21x21 Zentimeter dicke Welle: im 1. Geschoh 11 Pfg., im 2. 25, im 3. 30, im 4. 35, im 5. 45, im 6. 55 und im 7. Geschoh 55 Pfg. Für Schornsteine von Zentralheizungen, zentralen Warmwasserbereitungsanlagen, Bäckereien und Mäckerleien sind die doppelten Sätze als die genannten zu zahlen. Für Schornsteine in kleinen Dachhäuschen 5 Pfg. Für Schläuche und andere Rauchabteilungen bis 2 Meter 5 Pfg., für jeden weiteren Meter 5 Pfg. mehr bis zum Höchstmaß von 20 Pfg. Für das Ausbrennen eines Schornsteines 2 Mark. Das Material hat der Hausbesitzer kostenlos zu liefern. Für Schornsteine

außerhalb des Wohnortes des Bezirkschornsteinefegermeisters erhöhen sich die Sätze für jeden Schornstein um 5 Pfg. Die Kehrlohnrate werden nach Geschossen berechnet. Keller- und Dachgeschosse sind als Vollgeschosse anzusehen. Dachgeschosse, die höher sind als 4 Meter, rechnen für jede angefangenen 4 Meter als besonderes Geschoh. Daselbst



ist für freistehende und hochgeführte Schornsteine. In Gebäuden größerer landwirtschaftlicher Betriebe, das sind solche von 40 Morgen Größe und darüber, ist für den ersten Kuchenschornstein ein Zuschlag von 10 Pfg. zu zahlen. Für die Untersuchung von Schornsteinen in Neu- und Umbauten werden für den ersten Schornstein 2 Mark, für jeden weiteren das Doppelte der Sätze wie oben genannt zugrunde gelegt. Außerdem ist das Fahrgehalt 3. Klasse oder bei Fußweg für jeden Kilometer 20 Pfg. zu erstatten. Die Untersuchung muß nach Möglichkeit gelegentlich der termintlichen Schornsteinreinigung vorgenommen werden. In diesem Falle sind Wegegebühren nicht zu erheben. Ueber alle Einzelheiten gibt außer den Bezirkschornsteinefegermeistern die städtische Polizeiverwaltung im Stadthaus Klosterstraße 6 gern die gewünschte Auskunft.

Kreuzburg

Schlechte Verbindung. Allen anderen Menschen weit voraus, sollen die Pfaffen Gott am nächsten stehen. Doch in Wirklichkeit scheinen sie mit ihrem Herrn auf dem Kriegsfuß zu stehen. Trotz der vielen Willprozeffionen um Regen regnete es doch nicht, so daß selbst die „Fremdmisten“ bereits zu zweifeln beginnen. Hoffentlich erkennen recht viele, wie falsch es ist, um Regen zu bitten.

Oppeln

Ortsgruppenappell des R.A.D.

Die letzten Vorbereitungen und Einteilungen zum Gautreffen trifft die Ortsgruppe Oppeln beim Ortsgruppenappell am Freitag, dem 3. August, abends 8 Uhr, im alten Schützenhaus. Alle Kameraden, besonders die Funktionäre, müssen erscheinen. Bundeskleidung ist anzuziehen.

Die letzte Ruhe! Der am Dienstag stattgefunden Viehmarkt wies einen großen Auftrieb auf. Die Bauern können ihr Vieh nicht mehr durchfüttern, Steuern drängen und so muß ein Stück nach dem

andern verkauft werden. Am Pferdemarkt war allgemeine Flaute — die Maschine wird sicher dieses Arbeitstier in nicht allzu langer Zeit ganz abrig machen.

Herr Pfarrer Aubis, Herr Stadtrat Ehl, hören Sie!

Auf den unter obiger Ueberschrift vor einigen Tagen gebrachten Artikel, worin wir die Verhältnisse im hiesigen Waisenhaus einer scharfen berechtigten Kritik unterzogen, teilt uns Herr Stadtrat Ehl in längeren Ausführungen mit, daß er nicht Mitglied des Waisenhauskuratoriums ist. Wir nehmen dies gern zur Kenntnis, empfehlen Herrn Ehl aber, den tatsächlichen Mitgliedern des Kuratoriums, zu denen auch der Pfarrer Aubis gehört, und die alle politische Freunde des Herrn Ehl sind, den Inhalt des Artikels ans Herz zu legen und Aenderung zu fordern. Wir glauben, daß erst dann der Artikel für Herrn Ehl und uns als erledigt gelten kann.

Der Schupo als Kellame! Die gefüllte Geschäftswelt macht heute die tollste Kellame und verschont dabei auch die Schupo nicht. Die hiesige Firma Knebel ließ an ihrem Geschäftsgebäude einen überlebensgroßen Schupo anbringen, der auf die Saison hinweist. Darüber beschwerte sich die Polizei und der Schupo als Kellame mußte seinen Posten verlassen.

Sie zittern! Wie die gesamte von der Bourgeoisie ausgehaltene Pressewelt, so ist auch der „Oppelner Kurier“ infolge der Freilassung von Mag. Goetz von einer Angst befallen. „Staatsnotwehr“ betitelt sich ein längerer Artikel, der eine gemeine Hege und ein Beschmutzen des Genossen Mag. Goetz darstellt. Der einzige Schuß dieses Zentrumsblattes vor dem roten Schreden ist der „Vorwärts“ und die Sozialdemokratie. Die SPD. wird da als der Urheber hingestellt und gehörig beschimpft. Darum erst recht müssen wir alles begeistern und mobilisieren, damit wir auch den letzten, von der bürgerlichen Klasse als gemeinen Verbrecher gestempelten Kämpfer in der Freiheit empfangen können.

Ost-Oberschlesien

Ein schwerer Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum Sonnabend in die Kassenräume der Vereinigten Baugenossenschaft in Rattowitz verübt. Aus einer eisernen Kassette wurden 80 000 Loty gestohlen.

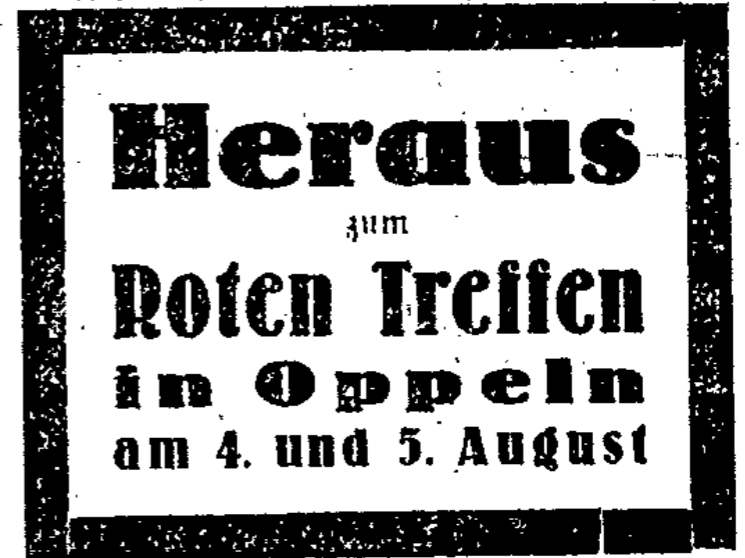
Rattowitz. Tod im Brunnen. Ein 30jähriger Arbeiter sprang in einem 20 Meter tiefen Wasserbrunnen und ertrank. — Die Arbeiterfrau Siebler aus Gleisewald kam beim Anzünden eines Spirituskochers den Flammen so nahe, daß sie tödliche Verletzungen erlitt.

Versammlungskalender

Sonstige Organisationen

Gleiwitz. Freidenker. Sonnabend 20 Uhr Vorstandssitzung im Vereinslokal, Bahnhofstraße 31.

Gleiwitz. Freidenker. Sonntag 10,30 Uhr findet die Besichtigung des Gleiwitzer Senders statt. Sammelpunkt am Sender.



Die Maschinisierung im Kohlenbergbau

Der Ausschub der Betriebswirtschaft hat sich vor kurzem in einem Aufsatz des Bergassessors Wedding eingehend über maschinemäßige Kohlegewinnung der Becken des Ruhrgebietes geäußert. Eine große Menge statistischen Materials wurde durch Rundfragen des Ausschusses für Betriebswirtschaft zusammengestellt. Deutlich sind die Erfolge der kapitalistischen Rationalisierung im Bergbau sichtbar. Ihre Zuverlässigkeit nach dieser Seite hin anzuzweifeln, ist kein Grund vorhanden. Denn die Kohlenföhrer haben sicher nicht aus prahlerischem Ehrgeiz heraus ihre Gewinne zu hoch eingeschätzt; eher ist das Gegenteil anzunehmen. 191 Schachtanlagen mit einer Förderung von 110 113 611 Tonnen oder 93 Prozent der 117 994 111 Tonnen betragenden Gesamtförderung des Ruhrgebietes wurden erfasst. Arbeitszeit, Lohn und Leistung im Bergbau haben durch die Maschinisierung des Bechensbetriebes die Lage des Proletariats nicht zu verbessern vermocht.

Der Maschinenbetrieb unter Tage

Ist gewaltig angewachsen. Im Jahre 1913 wurden rund 2,2 Prozent der Gesamtförderung maschinell gewonnen, während heute mit 83 Prozent gerechnet werden kann. Die starke Erhöhung der maschinellen Kohlenförderung ist auf den steigenden Gebrauch von Abbauhämmern zurückzuführen. Sie besitzen eine große Anpassungsfähigkeit und sind überaus handliche, einfache zu bedienende und im Betrieb billige Maschinen. Deshalb haben sie einen erheblichen Vorsprung gegenüber den Großschrämmaschinen und Kohlenschneidern. Eine gesteigerte Ausnützung der Großschrämm- und Kohlenschneidemaschinen setzt große Abbaustapel voraus, die eine schnelle Abbauförderung erfordern müssen.

Im Zusammenhang damit spielt das Einbringen des Verfaßes eine wichtige Rolle. Zwei Möglichkeiten gibt es, die durch die Kohlegewinnung stehenden Hohlräume auszufüllen: 1. die Anwendung des im Auslande üblichen Mauer- und Rippenverfaßes und 2. die Einbringung des Verfaßes durch mechanische Auffüllen der Hohlräume. In den meisten Fällen mittels Preßluftverfahren und ist zur Zeit mit wirtschaftlichen und technischen Schwierigkeiten verbunden. Allgemein ist die Preßluft im Bergbau bisher das einzige gegen Explosion und Brände sichere Kraftübertragungsmittel. Daher werden alle möglichen Maschinen und Hilfsmittel, Ventilatoren, Hämmer, Lokomotiven, Schüttelrutschen, Bohrmaschinen, Bohrhämmer, Abbauhämmer, Schrämmaschinen mit Preßluft betrieben. Der Jahresverbrauch an Druckluft betrug 1927 18 938 559 000 Kubikmeter. Die technischen Schwierigkeiten mögen durch kostspielige Konstruktionen begründet sein, während andererseits die Kosten des Verfaßes in allen den Fällen hoch sind, wo aus Mangel an Verfaß-

gute die Gruben es von auswärts beziehen müssen. Trotz alledem erweist sich die Rentabilität beim maschinellen Vergeberfaß. Die größtmögliche Ausnützung der Verfaßmaschinen erzielt eine große Verfaßleistung und verringert dabei den Lohnanteil je Kubikmeter.

Angen. tägl. Betriebszeit	20	12	4
Verfaßleistung in Kubikmetern	100	240	80
Schichtlohn	3	2	1
Kraftverbrauch in Prozenten	35,9	35,7	25,3
Löhne von 5 Bedienungsarbeitern in Prozenten	53,5	51,6	55,2
Gesamtverfaßkosten in Mark	0,77	0,79	1,18

Die Zahlen weisen also eine Entung der gesamten Verfaßkosten nach.

Die Großschrämmaschine bedarf eines Arbeitsfeldes von flachgelagerten, ungefüllten Föhrern (Kohlschichten) aus jähem Material. Ein solches Tätigkeitsfeld wird erneut zu erreichen sein durch weitere Betriebszusammenlegungen.

Die noch vorhandenen verschiedenen Abbaumaschinen werden zusammengefaßt in der nachfolgenden Tabelle behandelt. Die wachsende Abbaugeschwindigkeit hat die Verbesserung der Kohletransportmittel in den Vordergrund gerückt. In flachen Stollen werden allgemein Schüttelrutschen verwendet, die allerdings bei großem Abbaueingänge Leistungsfähigkeit besitzen. In den Teilstreckenförderwegen hat die rasch zunehmende Wagenbewegung durch Stredenpfeiler und Zwerglokomotiven Abhilfe gebracht. Aber auch hier sind Hindernisse bei der Bewältigung großer Fördermengen durch die Stapel- und Bremsberge. Die Kabelleförderung wird hier allgemein angebracht sein, da sie im engeren Zusammenhang mit der Großtaumwagenförderung in den Hauptstollen zu bringen ist.

Der Anteil der Maschinen an der Kohlegewinnung wird immer größer. Zu der Zeit der Hochkonjunktur der kapitalistischen Rationalisierung von 1925 bis 1927 ist eine Steigerung von 100 Prozent zu verzeichnen. Die Handarbeit ist von 52 v. H. auf 17,1 v. H. gefallen. Aus der Aufstellung der Zahl der registrierten Kohlegewinnungsmaschinen sind die verschiedenen im Betriebe tätigen Maschinenarten und ist auch die anwachsende Zahl der verwendeten Typen ersichtlich.

	1913	1925	1926	1927
Abbauhämmer	230	38 847	47 346	65 447
Großschrämmaschinen	15	698	633	595
Kohlenschneider	—	386	317	322
Säulenschrämmasch.	256	953	784	721

Bohrhämmer	10 718	37 269	36 481	87 114
Drehbohrmaschinen	85	2 908	2 439	2 027
Schüttelrutschenmotor.	1914	8 114	7 824	8 035

Diese Zahlen sind nicht erschöpfend. Wahrscheinlich ist die Zahl der verwendeten Maschinen höher.

Die Durchschnittsleistung der einzelnen im Abbau tätigen Maschinen hat in einigen Fällen nicht die dem Kapital gewünschten Tagesleistungen erreicht. Aus eingehenden Berechnungsverfahren ergibt sich für 1927 ein geringer Rückgang der durchschnittlichen Tagesleistung eines Abbauhammers. Dabei ist von Interesse, daß dies auf der Umkehrung der kleinen in große Hämmer beruht. Für die bei der Arbeit mit den neuen Hämmern entstehenden Schäden soll der Arbeiter nunmehr verantwortlich gemacht werden, d. h. er soll von seinem Hungerlohn noch für die Kosten aufkommen, weil ja die Höhe seines Lohnes von der Größe seiner Förderung abhängt.

Der Hebertagebetrieb

hat auf den Gebieten der Kohlenaufbereitung, Kohlenwäschern, Bricketierung und einer Reihe Nebenproduktengewinnungsanlagen eine bedeutende technische Entwicklung durchgemacht. Es ist bekannt, daß der Ruhrbergbau seit längerer Zeit zu einem Ausbau seiner Kohlereien in allergrößtem Umfang geschritten ist.

Mit der Maschinisierung des Bergbaus geht die schon erwähnte Zusammenlegung von Schachtanlagen parallel. Die Rationalisierungsmaßnahmen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau haben sich stürmisch entwickelt. Die Berglönlige Lagen über eine schlechte Finanzlage und haben dabei 600 bis 700 Millionen Mark für das angeführte Ausbauprogramm der Kohlereien ausgelegt, obwohl es nach seiner Fertigstellung schätzungsweise nur zu 30 Prozent ausgenutzt werden kann. Hier enthält sich das, was als Rationalisierung, als technischer Fortschritt ausgegeben wird, als kapitalistische Verschwendung. Modernste Produktionsmittel werden unter dem Zwang der Konkurrenz gebaut, neueste Kohlereianlagen mit vielfach gesteigerter Produktivkraft errichtet. Aber es steht von vornherein fest, daß die modernsten Produktionsmittel zum größten Teil stilliegen bleiben.

Wenn so die Bergherren ihre Millionengewinne verschleudern, dann begreift man freilich ihren Drang nach Abschreibungen. Kohlereien, die nicht arbeiten, müssen abgeschrieben werden, da sie sonst statt Mehrwert erzeugen zu helfen, nur Zinsen freßen.

Schließlich zeigt diese Millionenverschwendung für Bauten, die überhaupt nicht als Kapital tätig sein sollen, daß Geld genug für die Bergarbeiterlöhne da ist. Es kommt nur darauf an, im Kampf gegen die Bechensherren die Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen.

Jahresbilanz der Textilbarone

„Nur“ 192 Mark Reingewinn pro Arbeiter

Vor einiger Zeit veröffentlichte die Firma Kinkel (W. Landes-
hut folgenden Bericht über den Jahresabschluss 1927:
Diese Familien-Gesellschaft erzielte 1927 einschl. 106 583 RM.
Umsatz (L. B. 339 570 RM. Verlustvortrag) einen Reingewinn
von 317 342 RM. (106 583) bei 2,7 Mill. RM. Kapital. Die
Bilanz zeigt eine Erhöhung der Vorräte auf 4,8 Mill. RM. (3,27)
Debitoren 1,75 Mill. RM. (1,51), andererseits Kreditoren und
Akzepten 5,44 Mill. RM. (3,75).

317 342 Mark Reingewinn, neben den vielen Tausenden von
Mark, die in den Betrieben hineingesteckt oder irgendwie nicht als
Gewinn verbucht sind. Bei 1650 dort beschäftigt gewesenen Arbeitern
und Arbeiterinnen wurden also

pro Arbeiter und Jahr 192,33 Mark Reingewinn
erzielt. Trotzdem behaupteten und behaupten die Textilgewaltigen
immer noch, daß sie nicht in der Lage seien, auch nur die geringste
Lohnerhöhung vorzunehmen.

Von einem bei Kinkel beschäftigten Arbeiter werden uns über
diesen Betrieb folgende Angaben gemacht: Dank den Bemühungen
des Betriebsrates werden die Tariflöhne einigermaßen eingehalten.
Da seit längerer Zeit in den meisten Abteilungen der Weberei nur

vier Tage (32 Stunden) gearbeitet wird, sehen die wöchentlichen
Bruttolöhne so aus:

	männlich	weiblich
Facharbeiter		
11-16 Jahre	8,12 M	7,23 M
16-18 Jahre	10,81 M	9,22 M
18-20 Jahre	14,43 M	9,92 M
über 20 Jahre	18,04 M	13,58 M

Dazu sollen noch für die im Akkord Arbeitenden die Akkordzuschläge
kommen, welche gerade bei dem letzten Tarifabschluß nicht die vor-
gesehenen 12 Prozent Erhöhung erhalten haben. Aus diesem Grunde,
weil die Firma sich weigerte, die 12 Prozent auf alle Artikel zuzu-
legen, ist wiederholt der Betrieb stillgelegt worden. Die
Angelegenheit hat sich letzten Endes so ausgewirkt, daß Artikel, wo
Nebervdienste erzielt worden waren, keine Erhöhung, zum
Teil noch Abzüge erhielten, während andere Artikel bis zu 12 Pro-
zent erhöht wurden. Die Firma Kinkel sieht in ihren Abteilungen,
Weberei und Spinnerei Landesgut, Bleicherei Ruhbank mit 60 Be-
schäftigten und Weberei Altkemitz mit 100 Beschäftigten auf
„rationellste Ausnützung der Arbeitskraft“. Bei
Kinkel werden tagtäglich die Schuhuhren nachgesehen.
Wehe dem, der unter dem Durchschnitt bleibt. Auf diese Weise er-
reichte die Firma Höchstleistungen, die sie wieder zu

Akkordführungen benötigte. Wie rigoros auch diese Firma
gegen die Arbeiter vorgehen beliebt, zeigte der Anschlag Anfang
Juli, wo mitgeteilt wird, daß der Betrieb ab 15. Juli in allen Ab-
teilungen nur 32 Stunden arbeiten läßt, wer nicht damit einver-
standen ist, soll sich

die Papiere holen.

Auch sonst versucht man die ihr Tariflohn fordernden Arbeiter zu
brüskieren; gibt den Unternehmern doch der neue Tarifvertrag betr.
Einführung des 3- und 4-Stuhl-Systems Gelegenheit genug, die un-
bequemen Mahner bei günstiger Gelegenheit wegen angeblichem
Arbeitsmangel los zu werden. Die Firma ist auch geschäftstüchtig
im Verkehr mit ihren Arbeitern als Baronaufnehmer. So
empfahl sie vorige Woche per Anschlag Kopfstücker, die in ihrer
Qualität und Einfachheit bei jedem Krämmer bestimmt billiger
zu erstehen sind.

Soll man zu den geschilderten Tatsachen einen Kommentar
schreiben? Er würde die Wirkung nur abschwächen.

Alle schlesischen und ober-schlesischen Textilarbeiter müssen er-
kennen, daß man mit den reformistischen „Kampfmethoden“ nicht
vornwärts kommen kann. Deshalb reißt man sich in den Verband und
schart sich um die Opposition!

Schauspielhaus

Operettenbühne
Breslau
Telephon Nr. 36300

Täglich 20 Uhr

Die große
Schwarz-
Revue

Wissen
Sie
schon?

21 Bilder von
Emil Schwarz u.
Bruno Gardt
Warden
Musik von
Fritz Lehner

Wichtig

Wir weisen den Bedarf
von Möbeln und
Hausgerät auf die
Gelegenheitskäufe im
Vollspeicher hiermit
nochmals hin. Ganze
Wohnungseinlage-
rung sowie einzelne
Schränke, Küchen-
bänke, Sofas, Cha-
selongues, Pianos u.
vieles andere stehen
zum baldigen Verkauf.
Verkauf nur an
Selbstverkäufer.
Nebst an den Lager-
halter des Gutes
Breslauer Möbel-
Vollspeicher

Robert Stache
Nur Berliner Str. 9
Teilzahlung gestattet

Schuhe
vom Einfachsten bis
zum Eleganteiten
2 Mark
wöchentl. Abzahlung
Mücke
Tauenzienstraße 31

Unfer Sonder-Verkauf

wegen Umbau und Vergrößerung

beginnt Freitag, den 3. August

Er bedeutet **Räumung**
der
Sommerware
um
jeden Preis!
Wir haben große Poffen bis weit
unter Einkaufspreis herabgesetzt!
Auf alle andern Artikel:

20% Rabatt

und
**8 Monate
Kredit!**
ohne Anzahlung
für unsere alten Kunden,
alle Beamten u. Festangestellten!
1. Ratenzahlung: September 1928

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft
Das bevorzugte Kaufhaus
der Beamtenwelt
Breslau *Furtnerstraße 38/40*
direkt am Christophplatz



Schöne Vögel

die im Käfig gesund u.
sangeslustig bleiben
sollen, sichert einzig
das so bewährte, viel-
fach preisgekörnte

Vogelfutter

Theodor Buchall
Zwingerplatz 2
Filiale: Ring, jetzt Elisabeth-
straße Nr. 3, am Rathaus
Markthalle II, Gartenstrasse
Kaiser-Wilhelm-Strasse 72 an der
Viktoriastrasse
Kaiser-Wilhelm-Str. 175, Kleinburg

Möbel

Küchen, komplett, 7-tellig
Schränke, poliert, 2-türig
Anzehtische, polierte Stühle
Preisw. Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
Chaiselongues, Sofas, Patent-u. Auslege-
matratz, u. alle Art. Einzel- u. Kleinmöbel
Blener & Dührig
Stühle und Möbel / en detail, en gros
Matthiasstr. 107 u. Weinbergsweg 15/20

Oskar Baum

Breslau, Sternstrasse Nr. 77
Ecke Hedwigstrasse
Wäsche, Schürzen u. Kleider

Damen- u. Herren- Friseur-Salon

zur gütigen Beachtung
Speziell: Bubikopfschneiden
Ondulieren
Theater- und Brautfrisieren
Oskar Richter
Damen- und Herren-Friseur
Perückenmachermeister
Grünberg, Berlinerstraße 100
(zwischen Post und Amtsgericht)
Telephon 663

Julius Dobschall, Görtig

Steinstraße 11 Fernsprecher 1429
Haus- und Toiletten-Seifen
Parfümerien, Wachswaren, Stearin-
und Paraffin-Kerzen

Ausverkauf

wegen Verlegung meines Geschäfts
Ich biete mein reichhaltiges Lager
bis zu 50 Proz. Ermäßigung an:

Herren-Anzüge von Mk. 16.50 an

Burschen-Anzüge von Mk. 12.50 an

Übergangs-Mäntel
Schwedenlarben von Mk. 16.50 an

Gummimäntel
prima Qualität von Mk. 12.50 an

Eskimo-Palton
mit Samtkragen von Mk. 32.50 an

Eskimo-Schwedenmäntel von Mk. 26.50 an

Kinder-Anzüge von Mk. 4.— an

Herren-Anzüge
pr. Cheviot, Größe 1-6, von Mk. 12.50 an

Hemd- u. Hosen
prima Qualität von Mk. 6.— an

G. Herzberg

Breslau, Gräbschener Straße Nr. 19/21

Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

„Hier Wehe Morgenau“

Jeden Freitag
Arbeiterkinder - Freundentest
in dem herrlich gelegenen Garten des Lokals zum
„Ostpark“
Endstation der Straßenbahnlinie 4
Grosses Garten-Konzert
ausgeführt von der Schmei-Kapelle der Abt. 1. Ost

„Pietät“ Wilhelm Schneider

Bestattungs-Anstalt
Breslau 1, Schuhbrücke 56, Ecke Kupferschmiedestraße
Fernsprecher Amt Ring 1823
Begräbnis-Versicherung

Wilhelm Vogel

Kaufmann
Schuhwaren aller Art
gut und preiswert
Friedr.-Wilh.-Str. 66 Gräbschener Str. 19/21

Kurz-, Weiß-, Wollwaren

Erwin Neumann
Breslau, Klosterstrasse 115 / 117

Genossen!

Berücksichtigt beim Einkauf von
Waren nur unsere Inserenten!

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung

Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10

Krieg, Kapitalismus und Reformismus

Zur Wiederkehr des 4. August / Von Erich Hausen

Der Krieg ist kein Widerspruch gegen die Grundlagen des Privateigentums, sondern direkte und unvermeidliche Folge dieser Grundlagen. Unter dem Kapitalismus ist ein gleichmäßiges Wachstum der wirtschaftlichen Entwicklung der einzelnen Wirtschaften und der einzelnen Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es kein anderes Mittel zur Wiederherstellung der von Zeit zu Zeit gestörten Gleichgewichte, als Kriege in der Industrie und Kriege in der Politik.

Lenin am 28. August 1916 in seinem Artikel: „Ueber die Lösung der Vereinigten Staaten Europas“.

Wieder kehrt sich der Tag der größten Schande und des tiefsten Falls der internationalen Sozialdemokratie, der zugleich die restlose Eingliederung der sozialdemokratischen Parteien aller Länder in die Front der Bourgeoisie und des bürgerlichen Staates einleitete. Vor vierzehn Jahren konnte den Proletariern der Verrat der Sozialdemokratie überraschend und unfassbar erscheinen. Heute, da wieder um die Gefahr eines imperialistischen Krieges greifbare Gestalt anzunehmen beginnt, ist jeder Zweifel über die Rolle der Sozialdemokratie im kommenden Kriege unmöglich.

Gewiß, viele Hunderttausende von Proletariern glauben noch, daß der Fall der Sozialdemokratie im Jahre 1914 nur eine Episode, nur ein Zufall, nur ein Ereignis gewesen sei, das aus einer Reihe von „Mißverständnissen“ zu erklären sei. Viele glauben zugleich, daß heute die Sozialdemokratie im Gegensatz zu den Kommunisten und Roten Frontkämpfern der Garant des Friedens sei und all ihre Bestrebungen auf die Erhaltung des Friedens gerichtet seien. Diese uralte Auffassung in großen Teilen unausgefällter Arbeiter verleiht die Sozialdemokratie noch zu verstärken. Aus dem Hinweis, daß die Kommunisten die Unvermeidlichkeit des Krieges im Kapitalismus betonen und dabei im Geiste Lenins die Grundlagen aufdecken, aus denen der Kapitalismus beständig aufs neue und in immer grandioseren Formen Kriege in der Wirtschaft und Kriege in der Politik gebiert, ziehen die Schwäher und Demagogen der Sozialdemokratie den Schluß, daß wir die imperialistische Kriegsgesfahr und die Kriege des Kapitalismus unterstützen, weil wir angeblich glauben, nur so zur Revolutions zu kommen und nur so den Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit in das der Freiheit zu vollführen. Diese Unterstellung ist so banal und oberflächlich, daß sie nur von Leuten erfolgen kann, die ihre eigene Vergangenheit ungeschwiegen machen möchten und dabei die dröcklichsten Wurzelbäume schnehen müssen. Denn es ist doch klar, daß die Feststellung von Tatsachen nicht ihre freudige Bejahung vom Standpunkt der Interessen der Arbeiterklasse einschließt. Wir stellen die Tatsachen fest, die nicht wir, sondern die der Kapitalismus schafft, gleichgültig, ob sie uns angenehm oder unangenehm berühren. Wir stellen sie fest, weil nur auf der Grundlage der Erkenntnis dessen, was ist, die Aufgaben des Proletariats gegen den Krieg richtig und umfassend festgelegt werden können. Die Sozialdemokraten ignorieren diese Tatsachen, weil sie mit ihrer einseitigen Theorie von der Friedfertigkeit des Kapitalismus nicht überkommen. Sie haben die Absicht, das Proletariat einzuschüchtern und den bevorstehenden Krieg als ein Ereignis von überweltlicher Einwirkung, oder als Ergebnis einiger schlechter Menschen (darunter der Kommunisten) darzustellen, das außerhalb der Wirksamkeit der Arbeiterklasse steht und das nicht Ergebnis der Widersprüche ist, die das Wesen des Kapitalismus ausmachen und mit ihm als wesentlicher Bestandteil verbunden ist. Die Handlungsdienste der Reformisten im Interesse der Bourgeoisie gebieten das Verschweigen der objektiven Grundlagen, aus denen der Kapitalismus Kriege gebiert, aus denen er sie immer wieder aufs neue schafft, bis das Proletariat mit dem Kapitalismus zugleich die objektiven Grundlagen beseitigt, aus denen sie beständig hervorbrechen und stets aufs neue geboren werden.

Da aber der Weltkrieg im Gedächtnis der arbeitenden Massen noch lebendige Wirklichkeit ist, da seine Realität von Millionen mit Blut und Tränen empfunden wurde, müssen die Reformisten die Friedfertigkeit des Kriegskapitalismus im Unterschied zum Vorkriegskapitalismus, dessen Ergebnis der Weltkrieg war, „beweisen“. Nur so wird und kann es den Sozialdemokraten erneut mit ihren Phrasen gelingen, Arbeitergehörten trotz ihrer schmachvollen Taten in der Vergangenheit zu betören. Und siehe da! Herr Eduard Bernstein, der bereits lange vor dem Kriege den Marxismus revidierte, und mit der Leugnung der Unvermeidlichkeit der Kriege im Kapitalismus zugleich die Unvermeidlichkeit des Krieges im Kapitalismus leugnete, hat mit seiner Theorie von der Friedfertigkeit des Kapitalismus in den Führern der heutigen Sozialdemokratie gefehrigte Schüler gefunden. Herr Hilferding, vor dem Kriege noch ein Gegner Bernsteins, hat heute seine Theorie von der Friedfertigkeit des Kapitalismus übernommen, und seine Rede auf dem Kieler Parteitag war nichts als eine konsequente Ausweitung des Bernsteinschen Revisionismus, angewandt auf den Nachkriegskapitalismus. Dort, wo wir unter Hinweis auf die Tatsachen die Verschärfung der Gegensätze signalisieren, sehen die Sozialdemokraten eine Milderung. Dort, wo sie durch die Aufhebung der freien Konkurrenz und ihrer Erzeugung durch das Monopol ein Element der Milderung der Widersprüche und des Konkurrenzkampfes erblicken, sehen wir, stehend auf den Tatsachen, die Fortsetzung des Konkurrenzkampfes auf höherer Stufenleiter und ihre Ausstrahlung mit gewalttätigeren Mitteln als in der Vorkriegszeit. Dort, wo die Reformisten die Verständigung der Kapitalisten zur Herstellung des Friedens untereinander sehen, sehen wir einen vorübergehenden Waffenstillstand mit der Absicht der Vervollkommnung der Waffen und Rüstungen, um bei veränderten Kräfteverhältnissen den Kampf erneut offen fortzusetzen. Dort, wo sie ein Instrument des Friedens wirksam sehen (Völkerbund), sehen wir immer im Einklang mit den Tatsachen ein Instrument der großen kapitalistischen Mächte zur Unterjochung der kleinen Mächte und der Kolonialländer, durch das der Versuch unternommen wird, vermittels juristischer und materieller Mittel den Kampf um die Neuaufteilung der Erde zu ihren Gunsten zu gestalten und zugleich die Ansprüche des kapitalistischen Konkurrenzkampfes, geboren aus der kapitalistischen Entwicklung seines eigenen Landes, zurückzuschlagen und die günstigsten Vorbedingungen für den Waffengang gegeneinander zu schaffen. Dort, wo sie die Anfänge der Abrüstung sehen, sehen wir, wiederum gestützt auf Tatsachen, die Aufrüstung der einen Gruppe und die durch ihre vorübergehende Macht erzwungene Beschränkung der Rüstungen der anderen Gruppe, die ihrerseits die Abrüstung der

anderen verlangt, um selber das Recht auf Aufrüstung zu erlangen.

So kommen die Sozialdemokraten auf allen Gebieten, entgegen den Tatsachen, zu einer Leugnung der aus den Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise mit Unvermeidlichkeit folgenden Kriegsgesfahr. So kommen sie nicht nur zur Leugnung der Tatsachen, sondern zur Leugnung der Grundlagen, aus denen der Kapitalismus die Kriege schafft. Der nächste Schritt ist die Verschönerung des Kapitalismus und der Kampf an der Seite der Bourgeoisie gegen diejenigen, die diese Grundlagen sehen und deshalb den Kampf gegen den Krieg zum Kampf gegen den Kapitalismus machen, weil nur mit dem Kapitalismus der Krieg ausgerottet werden kann. Da aber die Kriegsgesfahr heute selbst von den Beschönigern des Kapitalismus und seinen Repräsentanten nicht geleugnet werden kann, da selbst der unausgefällteste Arbeiter den Geschändonner der imperialistischen Mächte im Stillen Djean vernahm, müssen die Reformisten die Ursachen der Kriege außerhalb des Kapitalismus suchen. Und siehe da! Unsere ehemaligen Marxisten, die uns früher hundertfach den Krieg als das Produkt des Kapitalismus auseinandersetzen, versuchen nun plötzlich den Arbeitern einzureden, daß die Sowjetunion mit ihrem „roten Imperialismus“ und die kommunistische Internationale mit ihrem Kampf gegen den imperialistischen Krieg die Kriegsgesfahr heraufbeschwören und die friedliche und gestützte kapitalistische Welt in den Krieg zu stürzen beabsichtige. Und so ist verständlich, daß wir die Reformisten in ein Schaffell gefüllt hinter dem deutschen „Friedensengel“ Stresemann hertröten und mit dem Palmzweig des Friedens in der Hand die Mittel für die militärischen Rüstungen ihrer Kapitalisten in allen Parlamenten bewilligen sehen. Bei den Kolonialkriegen der Nachkriegszeit brückten sie den Hentern der Kolonialflotten das Schwert in die Hand und suchten wader und verzweifelt Seite an Seite mit der Bourgeoisie gegen die Kommunisten, die in England, Frankreich usw. den Kampf gegen den Krieg organisierten und wegen ihrer Agitation im Meer zu Hunderten in die Gefängnisse und Zuchthäuser gingen. Auch bei dem Kampf der deutschen Kommunisten gegen die Reichswehr fiel die SPD. den Kämpfern in den Rücken. Unvergesslich bleibt die Gemeinheit, die die sozialdemokratische „Vergewaltigung“ in Waldenburg anlässlich der Verurteilung eines schlesischen Kommunisten beging, der wegen Verbreitung einiger aufklärender Schriften an Reichswehrangehörige bestraft wurde.

In diesen Tagen frischt die SPD.-Presse Erinnerungen an den großwahnwitzigen Narren in Doorn auf. Sie veröffentlicht seine Randbemerkungen in den Kriegstagen und ruft: Nie wieder Monarchie!

Warum tut sie das? Um die Erinnerung an die Millionen Opfer des imperialistischen Krieges wachzuhalten, um den Arbeitern die Notwendigkeit des Kampfes gegen den neuen drohenden imperialistischen Krieg einzuhämmern? Nein, die Kriegserinnerungen sollen dazu dienen, um die Verbrechen der SPD. in den Jahren 1914—1918 vergessen zu machen.

Kopfsüß in den Abgrund. Gewiß, so stürzte sich der deutsche Imperialismus in den Weltkrieg. Doch die Sozialdemokratie, sie war es, die diesen Sprung in den Abgrund mitmachte und Wilhelm Weisfall Hantschte.

Am 31. Juli 1914, anlässlich der Mobilmachung, schrieb die „Vollmacht“ wörtlich:

„So unverschleiert prinzipielle Gegner der Monarchie wir alle Zeit gewesen sind... so unumwunden erkennen wir an, daß Wilhelm II. sich durch seine Haltung, namentlich in den letzten Jahren, als aufrichtiger Freund des Völkerverlebens bewährt hat!“ Dieses Zeugnis stellte die SPD.-Presse dem Manne aus, dessen säbelraselnde Reden in den Jahren vor Kriegsausbruch einen Sturm der Empörung ausgelöst hatten, und dem der alte Debebour im Reichstag mit Recht Internierung in einer Heilanstalt am Starnberger See empfohlen hatte. Wenn die SPD. zur Erinnerung an den Mobilmachungstag daher ausruft: Nie wieder Monarchie! so sagen wir: Bewiß, nie wieder Monarchie! Doch nicht nur nie wieder Monarchie, sondern: Nie wieder 4. August! Nie wieder Sozialdemokratie! Kampf gegen den Imperialismus und seine sozialdemokratischen Wegbereiter. Kampf gegen die Vorbereitung des neuen imperialistischen Krieges. Erziehung der Arbeiterschaft zu dem Gedanken des Klassenkrieges gegen den imperialistischen Krieg, damit die gesamte internationale Arbeiterschaft, wie Bucharin auf dem Weltkongreß, den Kapitalisten zurufen kann:

„Probiert nur, meine Herren, die Kriegstürke zu entseffeln, die kommunistische Internationale wird es mit dem Sieg der kommunistischen Revolution beantworten.“

Ein bürgerliches Urteil über den Weltkongreß

Der Journalist Schaeffer vom „Berliner Tageblatt“ schreibt: „Das Programm der Komintern ist in unablässiger Beobachtung, Analyse, hies erneuten Berechnungen, erdennahe, konkret geworden, auf bestimmte Tatsachen zugespielt und wird auf die stets wechselnde Stellung des Gegners mit immer größerer Schärfe und Sicherheit eingestellt. Der gegenwärtige Kongreß zeigt, welche Fortschritte die Komintern in dieser Richtung gemacht hat.“

Der intelligenteste Journalist Schaeffer, der alles eher als ein Freund der Komintern ist, sieht auch klar den Sinn des verschärften Kampfes gegen die Sozialdemokratie. Er begreift, daß dies nicht die Abschwächung, sondern die Verschärfung des Kampfes gegen die Bourgeoisie selbst bedeutet. Verger und Bewunderung über die Geschicklichkeit der Agitation und Propagandamethoden vermischen sich in seinen Ausführungen. Schaeffer schließt seine Betrachtungen mit folgendem Warnungsruf an die Bourgeoisie:

„Die Bourgeoisie sollte nicht die Tiefe der Bewegung unterschätzen, über die die Komintern Herr sein will. Für sie ist der Kommunismus gemeinhin entweder ein „Kraut“ oder „ein unerhörter Kerl“. Man betrachtet den Kommunismus als einen halb abfallenden Schorf auf der Narbe des Weltkrieges. Längst widerlegter Trost. Es ist eine weltgeschichtliche Unflughheit, eine Bewegung nicht geistig zu verarbeiten, in ihrer Bedeutung nicht ermessen zu wollen, die an werdenden und geschaffenen Gedanken reich ist.“

Der SPD. empfohlen!

Von der Kriegsverletzten-Fürsorge

Theorie und Praxis

Der neue Reichsarbeitsminister Wiffel hat einen Erlass seines Vorgängers, der den Dienststellen vorjchreibt, wie der Verkehr mit dem Publikum abzuwickeln ist, ausgegraben und seinen Beamten in eindringlichste Erinnerung gebracht. Nach dem Erlass sollen die Dienststellen stets höflich und zuvorkommend sein, auf alle Anliegen

hilfsbereit eingehen und ohne viel Rederei und Geschreibsel jede Sache zum guten Ende führen. In der Theorie klingt dieser Erlass wunderbar schön, in der Praxis aber stehen Duzende Verfügungen und Erlasse seinem Sinn entgegen, was wir durch eine Gegenüberstellung beweisen.

Hier die Theorie:

Hier die Praxis:

- Die Kernsätze des Erlasses lauten:
1. Nichtschmurn für den gesamten Dienstverkehr sei für jeden Beamten und bei jeder seiner Handlung: Stete Sorge für das Wohl der Verordnungsbegehrenden und unermüdete Hilfsbereitschaft auch in den kleinsten Dingen.
 2. Jeder Beamte möge sich in dessen Seele versehen, der seine Hilfe in Anspruch nimmt, so sich sagen: Wie wollest du, daß man dir in der gleichen Lage gegenübertritt? Hilfsbereites und verständnisvolles Eingehen auf Fragen und Wünsche fördert die Sache. Schon die Art des Empfanges, des Grußes oder Gegengrußes, der Anrede usw. beseitigt Befangenheit.
 3. Es ist unbedingte Pflicht, jede Sache so rasch und mit so wenig Schreibwerk wie möglich zu Ende zu führen.
- Herr Reichsarbeitsminister! Nicht auf aufgewärmte Erlasse über Höflichkeitsformeln, sondern auf die Erfüllung ihrer längst als berechtigt anerkannten Forderungen warten die Versorgungsberechtigten.

1. Der Durchschnitt der heutigen Militärrenten beträgt: Für Offiziere 342 Mark, für Offizierswitwen 203 Mark, Kriegsbeschädigte 37 Mark, Hinterbliebene 25 Mark im Monat. Hierzu erklärte der Vertreter des Reichsarbeitsministers am 15. Juli dieses Jahres bei einer Kriegsoffertagung: Eine allgemeine Rentenerhöhung ist nicht angebracht, um nicht in Mißverhältnis zu den Löhnen zu kommen.
2. Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers ist die Krisen-fürsorge fast ganz aufgehoben, die langfristigen Erwerbslosen sind den Wohlfahrtsämtern zur Betreuung ausgeliefert. Unter diesen Ausgesteuerten befindet sich auch ein beträchtlicher Prozentsatz Kriegs- und Unfallinvaliden. Hier wird nun dem Kriegsbeschädigten erklärt, daß der Unterstützungsrückschuß für ein Ehepaar mit einem Kind in Breslau zurzeit 70 Mark pro Monat beträgt, und Renten laut Verordnung des Reichsarbeitsministeriums voll in Anrechnung gebracht werden. Da er als 60 Prozent Beschädigter verheiratet ist und ein Kind hat, 70,60 Mark pro Monat an Rente und Zusatzrente beziehe, und 70 Mark der Unterstützungsrückschuß ist, ist hier nichts mehr zu holen, denn das Soll ist bereits überschritten. Mit diesen 70,60 Mark im Monat kann der Vaterlandsverteidiger aber weder leben noch sterben, und so ist sein nächster Weg zur Kriegsverletztenfürsorge gestellt. (Hier hat in weiser Vorsehung das letzte Oberhaupt zum Schutz gegen die vielen Fragen und Wünsche diebes- und feuersichere Besamter um die amtierenden Beamten anbringen lassen.) Der Beamte dieser Dienststelle eröffnet nun dem Vorgesprechenden, daß die verfügbaren Mittel knapp sind und laut Anweisung von oben eine Unterstützung nur in Frage kommt, wenn die Notlage eine Folge der erlittenen Dienstbeschädigung ist, was zu prüfen wäre.
3. 37.000 Returke lagerten bei der letzten Zahlung bei dem Reichsversorgungsgesetz, und nicht wenige sind es, die schon Jahre der Erledigung warten. Bei 55 Prozent der zugunsten der Kriegsoffer ausgefallenen Berufungen erhebt der Fiskus Einspruch. Nicht leere Theorien, sondern Erlasse, die in der Praxis was wert sind, dienen den Interessen der Kriegs- und Arbeitsopfer.

„Herr“ Runge und „Genosse“ Wiffell

Die Inhabanten des Deutschen Textilarbeiterverbandes haben den neuen für die wirtschaftliche Textilindustrie gefällten Schiedspruch abgelehnt. Sie konnten nicht anders. Die Empörung der Textilarbeiter ist zu groß. Ueber diesen zweiten Spruch schreibt der „Sozialdemokratische PresseDienst“:

„Der ganze Schiedspruch charakterisiert sich durch Willkürlosigkeit gegen die sachliche Textilarbeiterschaft und durch weitestgehenden Gegensatz gegenüber den sachlichen Textilarbeitern.“

Selbst wichtige juristische Bedenken der Arbeitnehmer in der Frage der Purgarbeit, die durch das Gesetz geregelt ist und somit nicht Gegenstand eines Arbeitsvertragsabkommens werden kann, sondern durch den Schlichter keine Berücksichtigung, dagegen wurden sämtliche Wünsche der Arbeitgeber in weitestgehender Weise im Schiedspruch verankert.“

Manz richtig! Aber dieser Schiedspruch wurde doch von einem sozialdemokratischen Schlichter gefällt. Dem „Sozialdemokratischen PresseDienst“ ist diese Tatsache allerdings sehr peinlich und er versucht deshalb, die breite Arbeiteröffentlichkeit zu täuschen. Er schreibt:

„Als Sonderlichter wurde ein Herr Runge bestellt.“

Ein Herr Runge... Was hat die SPD. mit diesem Herrn zu tun? Wir wollten aufräumen. Runge ist Mitglied der SPD. Er war früher Stadtrat in Berlin und wurde dann als Schlichter ins Reichsarbeitsministerium-Berufen. Jetzt möchte die SPD. die Tatsache vermissen, daß ein „Genosse“ Runge sich durch Rückwärtslosigkeit gegen die sachlichen Textilarbeiter auszeichnet.

Aber nun richten sich die Augen auf einen anderen „Genossen“. Die Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes wollen noch keine Kampfsmaßnahmen der Arbeiter zulassen, denn sie verdrängen auf den „Genossen“ Wiffell. Der werde helfen! Die Unternehmer haben aber die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt. Genosse Wiffell schickt sich an, einzugreifen. Wir wissen schon vorher, wem Wiffell helfen wird. Es ist falsch, wenn sich noch eine einzige Textilarbeiterin auf Wiffell verlassen läßt. Nur im Kampf können die Textilarbeiter die geforderte Arbeitszeitverlängerung durchsetzen.

Die Gewerkschaften und die Gefahr des imperialistischen Krieges

Paul Umbreit, der Redakteur der Gewerkschaftszeitung des ADGB., hat in einem Werk, das kürzlich erschien, die Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften im Kriege geschildert. Allerdings ist diese Arbeit in dem Sammelwerk der bürgerlichen Carnegie-Stiftung erschienen und schon wegen seines hohen Preises den Arbeitern unzugänglich. Umbreit schildert, wie die Spitzen der freien Gewerkschaften aus der Enge mit der kaiserlichen Regierung und den Unternehmern zusammengearbeitet haben, wie sie Vorschläge für die Rationalisierung der Kriegsindustrie und der Lebensmittelverteilung machten und das Mißbehagen entwarfen, wie sie die Streiks der Rüstungsarbeiter abwählten usw. usw. Stolz auf diese Leistungen im Dienste des imperialistischen Imperialismus, sagt Umbreit an einer Stelle wörtlich:

„Die Gewerkschaften haben sich im Kriege als Volksorganisation bewährt und haben nach dem Kriege den völligen Zusammenbruch von Volk und Wirtschaft verhindert. Ungeheures hat ihnen das Land zu danken, nicht zuletzt die Verwalter des deutschen Wirtschaftskapitals.“

Umbreit hat recht. Die „Verwalter des deutschen Wirtschaftskapitals“, die Unternehmer, haben den ADGB.-Führern wirklich alles zu danken. Die deutsche Bourgeoisie hat 1914 einen entscheidenden Sieg errufen, als die freien Gewerkschaften feierlich auf den Kampf gegen die Kriegspolitik verzichteten und nur ein Ziel kannten: den Triumph der deutschen Imperialisten.

Das war einmal — werden manche deutschen Gewerkschaftler sagen. Sie meinen, daß unter die Jahre 1914/18 ein Schlußstrich gemacht sei. Ist nicht inzwischen in Rom und anderswo von den Amerikaner Gewerkschaftspitzen eine ganze Reihe von Beschlüssen gefaßt worden, in denen anerkannt wurde, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges zu kämpfen? In der Resolution des Kongresses von Rom 1922 wurde sogar gesagt, „daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern“. Gewiß, das ist theoretisch anerkannt. Aber abgesehen davon, daß das Mittel des Generalstreiks gegen einen entsetzlichen Krieg nicht ausreicht, so müssen auch revolutionäre Massenstreiks im Kriegsfall vorbereitet sein durch einen unaufhörlichen Kampf gegen die imperialistische Politik, die zum Kriege führt. Da müssen wir feststellen, daß alle Reichslüsse der Amerikaner Gewerkschaftsführer gegen den imperialistischen Krieg nur auf dem Papier stehen geblieben sind, daß die Praxis nicht diesen Beschlüssen, sondern der Tätigkeit der Umbreit und Leipart 1914/18 entspricht.

Wir haben das Wiedererzählen des deutschen Imperialismus erlebt, wir wissen, daß die deutsche Bourgeoisie lieber rüffel, um wieder mit bewaffneter Hand ihre imperialistischen Interessen zu verteidigen.

Wo bleibt der Kampf der ADGB.-Führer gegen die Rüstungen des neubourgeois Imperialismus? Der ADGB. hat nichts getan, um die Versorgung der chinesischen Reaktion mit deutschen Waffen zu verhindern. Die Hamburger Ostgasata-Katrophe hat auf die gewaltigen Kriegsvorbereitungen aufmerksam gemacht, auch dagegen tun die ADGB.-Führer nichts. Der ADGB. setzt nicht einmal die gewerkschaftliche Kraft ein, um den Bau der Panzerkreuzer zu verhindern. Das sind nur einige, besonders auffällige Beispiele.

Die ganze Politik der ADGB.-Führer schließt einen Kampf gegen die imperialistische Kriegsgesfahr aus. Für die Kapitalisten ist der imperialistische Krieg nur die Fortsetzung ihrer Politik mit anderen Mitteln. Wir sehen aus, daß die ADGB.-Führer, entsprechend der Koalitionspolitik der SPD., bedingungslos die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie unterstützen und als selbstverständliche Ergänzung dazu innerpolitisch die „Wirtschaftsdemokratie“, d. h. den Wirtschaftfrieden, die engste Zusammenarbeit mit den Kapitalisten, vertreten. Wer die Stärkung des deutschen Imperialismus will, der muß sogar gegen jeden größeren Wirtschaftskampf sein, denn auch ein solcher Wirtschaftskampf kann die imperialistische Politik und die Kriegsvorbereitungen erschweren. Es ist auch nur logisch, wenn in Frankreich ein Paul Boncour heute schon sein „Hilfsdienstgesetz“ ausarbeitet.

In besonders trauriger Weise zeigt sich dies schon heute in der Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer zur Sowjetunion. Die deutsche Bourgeoisie nimmt eine immer härtere Kampfstellung gegen die Sowjetunion ein und die reformistischen Gewerkschaftsführer haben das instinktive Gefühl, daß sie den kommenden Krieg eifrig ideologisch vorbereiten müssen. Und wie sie ihn vorbereiten! Die Gewerkschaftszeitung treibt eine maßlose durch und durch unehrliche Dege gegen die Sowjetunion. Ein primitiv denkender, von der Opposition isolierter Arbeiter, der diesen in jeder Nummer der ADGB.-Presse erscheinenden Separatisten tatsächlich glauben würde, müßte doch geradezu den Tag ersehnen, an dem er wieder die Spitze auf den Nadel nehmen kann, um den „roten Zerkowus“ zu stürzen. Wohl wird es, daß der kommunistischen Aufklärungsarbeit, wenige solcher Arbeiter geben, doch systematisch setzen die ADGB.-Führer ihre verbrecherische Verleumdung fort, in der Hoffnung, daß es ihnen wenigstens gelinge, durch diesen Verleumdungs- und Beschuldigungsaktive Gegenwehr der Arbeiter gegen den imperialistischen Krieg zu lähmen. Aus demselben Grunde haben die Reformisten den Zusammenschluß mit den russischen Gewerkschaften zu einer weltumfassenden Gewerkschaftsinternationale verhindert.

Ein weiteres dunkles Kapitel ist die Haltung der reformistischen Gewerkschaftsführer zur Kolonialpolitik, die eine Hauptquelle imperialistischer Kriege ist. Die Reformisten treten nicht für die Be-

freiung der Kolonialvölker ein, sie unterstützen die imperialistische Kolonialpolitik und die blutige Unterdrückung der farbigen Nationen. Geradezu verbrecherisch ist es, daß die reformistischen Führer die großzügigen Aufhebungs- und Verschleierungsmaschinen der Imperialisten unterstützen, anstatt den Völkern und als Kriegsbünd gegen die Sowjetunion zu entsarven und solche heuchlerischen Mandarier mit dem Kolonialpakt der amerikanischen Imperialisten zu brandmarken. Es vervollständigt ja nur das Bild, daß auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress die imperialistische Kriegsgesfahr, gar nicht besprochen werden soll.

Die bittere ernste Bedrohung der wertvollen Massen durch neue imperialistische Kriege muß uns anfeuern, alle Kräfte einzusetzen, um die Massen der Arbeiter dem Einfluß der Reformisten zu entziehen.

Die freien Gewerkschaften haben ungeheuer wichtige Aufgaben im Kampf gegen die imperialistische Kriegsgesfahr. Die Pflichten, die die reformistischen Führer nicht erfüllen, muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition übernehmen. In ihrem Antrag zum ADGB.-Kongress hat die Opposition den Weg gelehrt, wie der Kampf gegen den imperialistischen Krieg geführt werden muß.

Schluß mit Wirtschaftsfrieden und „Wirtschaftsdemokratie“! Nur durch den revolutionären Klassenkampf kann der imperialistische Kriegspolitik entgegengewirkt werden.

Der Verrat an der Saar

Wieder ein Probeakt sozialdemokratischer Koalitionspolitik

Die reformistischen Führer des Bergarbeiterverbandes haben im Saargebiet gemeinsam mit den Christen eine geradezu ungläubliche Vereinbarung mit der Direktion der Kohlenzechen abgeschlossen. Nach dieser Vereinbarung werden alle Lohnforderungen zurückgezogen. Die Bergwerksdirektion zahlt keine Lohn-erhöhung. Nur die Regierungskommission des Saar-gebiets zahlt aus Steuermitteln den Bergarbeitern eine einmalige Beihilfe von 100 Pfennigen. Die Direktion der Saargruben stellt lediglich in Aussicht, daß sie an Weihnachten den Bergarbeitern dieselbe Gratifikation zahlen werde wie im vorigen Jahre, vorausgesetzt, daß die gegenwärtige Arbeitsleistung die gleiche bleibe, d. h. daß die Arbeit nicht gestört werde. (Die im vorigen Jahre bezahlte geringfügige Gratifikation war abgestuft, je nach Bill-

lar.) Dieses wohl beispiellose Abkommen haben Führer einer freien Gewerkschaft unterzeichnet. Die Bergarbeiter selbst forderten eine Lohnzulage von 6 Franken pro Schicht, das wären schon in drei Wochen 100 Franken Zulage. Jetzt sollen die Bergarbeiter mit einer einmaligen Zulage von 100 Franken bis Weihnachten warten, um dann eine kleine Gratifikation zu erhalten. Nicht genug damit, haben sich die Führer des Bergarbeiterverbandes für die kommenden Tarifverhandlungen selbst die Hände gebunden, indem sie die Bedingung der Durchführung der Weiterarbeit bis Weihnachten annahmen.

Die Empörung der Saarbergarbeiter ist ungeheuer. Verstärkt wird diese Empörung durch die nicht zufällige

Ausweisung des Sekretärs der Kommunistischen Partei!

Die Opposition muß alle Kräfte einengen, um sie vom falschen Wege des Austritts aus dem Verband abzuhalten und auf den richtigen Weg des verhärteten Kampfes gegen den Reformismus zu weisen. Die schändliche Vereinbarung ist ein neues Probeakt sozialdemokratischer Koalitionspolitik. Der Verrat war von vornherein geplant. Um diese schändliche Politik durchzuführen zu können, haben die Reformisten auf der Reviorkonferenz vom 22. Juli folgende ungeheuerliche Resolution zur Annahme gebracht:

„In der Überzeugung, daß der eingeleitete Lohnkampf nur erfolgreich beendet werden kann, wenn die organisierten Berg-

arbeiter hinter der Organisationsleitung stehen, und die zu treffen- den Maßnahmen nur von der Organisationsleitung und von der Reviorkonferenz bestimmt werden, beschließt die Reviorkonferenz im Interesse einer einheitlichen Kampfstrategie:

1. Sämtliche Verbandsmitglieder werden verpflichtet, in öffentlichen und politischen Verhandlungen nicht zu Bergarbeiterfragen Stellung zu nehmen, desgleichen verpflichtet, bei Beschlußfassung über Anträge nicht solchen Anträgen zuzustimmen, die sich gegen die Organisationspolitik wenden.

2. In Belegschaftsversammlungen und Mitgliederversammlungen reden nur Belegschaftsmitglieder, organisierte Mitglieder und Verbandsangehörige.

3. Die Reviorkonferenz bevollmächtigt die Bezirksleitung und den Bezirksvorstand, gegen Mitglieder, die den Beschluß verletzen, sofort katastrophische Maßnahmen zu ergreifen.“

Durch diesen Beschluß hat man Mitgliedern des Verbandes verboten, in öffentlichen Versammlungen zum Kampf der Bergarbeiter zu reden, nur Verbandsangehörige sollen reden dürfen. Die reformistischen Führer wollten die Wortführer der Opposition mundtot machen, um ihren Verrat durchzuführen zu können.

Die Saarbergarbeiter sehen nun die ganze Tragweite des beispiellosen Beschlusses der Reviorkonferenz. Jetzt dürfen sie sich nicht länger mehr von den reformistischen Führern gegeneinander- hehen lassen! Mit denen muß abgerechnet werden! Auch mit den Betriebsabgeordneten, die dem obigen Beschluß zugestimmt haben, ist ein ernstes Wort zu reden. Jetzt ist die einheitliche Front aller Saarbergarbeiter gegen die Zechendirektion nötig, um zu verhindern, daß der reformistische Verrat das Glend der Kumpels immer mehr verhärtet.

Aus der Lohnbewegung an der Saar müssen auch die nieder- und oberschlesischen Bergarbeiter Lehren für ihre Kämpfe ziehen. Schon in kurzer Zeit laufen für Waldburg und Neurode die Lohnsätze ab. Schon jetzt müssen alle Vorbereitungen getroffen werden, damit die neuen Tarife den Bergarbeitern aus- feldmatische Lohn garantieren.

Metallarbeiterwahl!

zum ADGB.-Kongress

Es liegen erst wenige endgültige Resultate vor. Die Ortsverwaltungen des ADGB. lassen sich mit der Bekanntheit des Resultats ziemlich lange Zeit. Bisher eingelaufene Resultate sind:

	29. Juli	2. Juli
	Opposition Reformisten	Opposition Reformisten
Sotha	240	14
Zährtenhausen	202	8
Halle	1673	278
Bachum	239	577
Leipzig	2232	4515
Essen	1064	998
Solingen	3517	903
Düsseldorf	1202	1290
Münch.-Glöbtsch	329	96 (Teilergebn.)
Belbert	438	457
Opladen	292	49

Aus allen Ziffern geht hervor, daß die Wahlbeteiligung eine erheblich geringere als bei der Verbandstagswahl am 2. Juli war. Das ist darauf zurückzuführen, daß die Reformisten in fast allen Ortsverwaltungen eine Stellungnahme der Mitglieder zum ADGB.-Kongress verhindert haben. So wie sie überall die notwendige politische Stellungnahme der Mitglieder in den Fragen der Arbeiterbewegung schenkten, magten sie auch nicht, die Fragen der Wirtschaftsdemokratie vor der Mitgliedschaft aufzurollen, weil sie genau wissen, daß besonders die Metallarbeiter scharfe Gegner der Wirtschaftsdemokratie sind. Trotzdem beweisen obige Beispiele, daß es der Opposition überall da, wo sie die Möglichkeit hatte, an die Mitglieder heranzukommen, gelungen ist, die aktiven Mitglieder zu mobilisieren. Besonders hervorzuheben sind die Beispiele Essen und Düsseldorf. In Essen hat sich der brutale Ausschlag des Führers der Opposition, Genossen Schubert, dazu beigetragen, die bisherigen SPD.-Wähler von der Wahl fernzuhalten, so daß es der Opposition, gegen die einzig und allein in Essen für die Ortsverwaltungsmaß die Urwahl eingeführt wurde, gelungen ist, zum erstenmal wieder bei einer Urwahl die Mehrheit zu erringen; das gibt uns einen guten Ausblick für die Ortsverwaltungsmaß im nächsten Frühjahr. In Düsseldorf, wo die Ortsverwaltung gegen die Kandidaten der Opposition zum Verbandstags Ausschlußverfahren eingeleitet hat, hat diese Maßnahme zur Folge gehabt, daß ein ganzer Teil Kollegen seine Stimme für die Amerikaner nicht mehr abgegeben hat, während es der Opposition gelang, fast alle ihre Wähler vom 2. Juli an die Wahl-

urne zu bringen. In Solingen ist es infolge der Mobilisierung der Mitglieder ebenfalls gelungen, so ziemlich die Stimmengahl vom 2. Juli zu halten. Diese Beispiele sind ein Beweis dafür, daß nur die Opposition mit ihrem klaren Kampfprogramm zum ADGB.-Kongress in der Lage ist, die Mitglieder für das Verbandsleben zu interessieren und sie auch zum Kampf um ihre Forderungen zu mobilisieren.

Aus Schließen liegen folgende weitere Meldungen über die Wahl im ADGB. vor: Appeln: A (Reformisten) 42, B (Opposition) 45; G r i l l: A 466, B 61; G l o g a u: A 39, B 10.

Ueber die Wahl in Glogau geht uns folgender Bericht zu: Die Wahl fand mitten im Gewerkschaftsfest statt. Diesen Plan hat wohl der Reformist Anders ausgenutzt, in der Hoffnung, daß alle Metallarbeiter sich an diesem Feste beteiligen werden. Aber weit gefehlt. Bei den letzten Wahlen wurden 50 Prozent der Stimmen abgegeben, am Sonntag aber nur 33 Prozent. Für die Reformisten wurden 39 Stimmen, für die Opposition 10 Stimmen abgegeben. Das ist ein guter Erfolg für Glogau.

Niederlage der Reformisten in Waldburg

Infolge der bei der ersten Wahl zum Verbandstag seitens der Reformisten vorgenommenen Schiebungen wurde am Sonntag die Wahl wiederholt. Das Resultat ist:

Hummel (SPD.) 570 Stimmen, Beller (R.D.) 161 Stimmen.

Im ersten Wahlgang hatte der reformistische Kandidat 717 Stimmen. Also haben die Reformisten 177 Stimmen verloren. Zu gleicher Zeit hat die Opposition 10 Stimmen gewonnen. An diesen Tatsachen kann das blöde Geschrei der Waldburger „Dreckwahl“ nichts ändern.

Zwischenzeitliche Lohnbewegung im Baugewerbe. In Metz- burg traten die Zimmerer der Belegschaft Sommerfeld in den Streik. Sie fordern eine Sonderzulage von 15 Pfg. die Stunde. Bis jetzt streiken 130 Zimmerer.

Zum Alltag u. zum Feste bleibt Christ's Brot doch das Beste!

Breslau

Bald liegt er oben — bald liegt er unten

Der Reich im Breslauer Hausbesitzerlager ist noch nicht abgeklungen. Am Dienstag fand eine außerordentliche Generalversammlung der Großorganisation statt, zu der die vom Gericht eingeleitete provisorische Teilung nicht nur die Mitglieder, sondern auch ein reichliches Schupoangebot bestellte. Die von der Postkette am Eingang zurückgewiesenen Einlassbegehrenden versuchten, sich durch die Fenster den Eintritt zu erzwingen, wurden aber von der Polizei wieder an die Luft gesetzt. Das gleiche Schicksal teilten auch einige andere Hausbesitzer, die während der Versammlung allzu stürmisch ihre Meinung kundgegeben hatten.

Nachdem der aufsichtführende Polizeihauptmann sogar noch das Wort ergriß und die Anwesenden zur Ruhe mahnte, konnte die Neuwahl des Vorstandes durchgeführt werden. Von der provisorischen Leitung wurden die Mitglieder des alten Vorstandes, wie Hahn-Brigen, Küdert, Frühling usw., vorgeschlagen und auch von der Versammlung wiedergebührt. Hahn-Brigen hat es also vorzuziehen wieder einmal geschafft, doch dürfte die Freude nicht von allzu langer Dauer sein, da doch ein großer Teil der Breslauer Hausbesitzer für Hahn-Brigen nicht sehr eingenommen ist. Wie wir hören, ist auch bereits Protest gegen die Wahl eingelegt worden.

Der Provinzialausschuss hat zugestimmt

Die Ernennung des Regierungspräsidenten Dübemann in Lüneburg zum Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien ist in nächster Zeit zu erwarten. Der Niederschlesische Provinzialausschuss hat in seiner Sitzung am 1. August mit Stimmenmehrheit sein Einverständnis mit der endgültigen Ernennung erklärt.

Vertrunkene Reichswehrsoldaten überfallen Arbeiter!

Gestern, Mittwoch, gegen 22 Uhr wurden an der Hindenburgbrücke sich dort aufhaltende Schiffer von fünf betrunkenen Reichswehrsoldaten belästigt und zum Schluss tätlich angegriffen. Die Soldaten zogen im Verlauf der Auseinandersetzungen ihre Seitengewehre (1) und drangen damit auf die Schiffer ein. Inzwischen alarmierte Schupo stellte die Personellen der Soldaten fest. Ein Reichswehrleutnant soll nachher die Soldaten wegen ihres „tapferen Verhaltens“ belobt haben!

Die Breslauer Aufbauschule

Zu Ostern 1928 ist in Breslau eine Aufbauschule errichtet worden, deren Lehrpläne und Ziele in der Dassenlichkeit noch nicht genügend bekannt sind. Die Schule, die mit ihrer unteren Klasse eröffnet und bis Ostern 1928 der evangelischen Realschule II angegliedert war, ist gegenwärtig im ehemaligen staatlichen Lehrerseminar an der Wlbelstraße untergebracht. Sie umfaßt zurzeit drei Klassen und schließt ihrem Lehrpläne nach unmittelbar an das lebendige Volksschuljahr an. Die Gesamtdauer des Schulbesuches umfaßt also, ebenso wie bei den anderen höheren Schulen, 18 Jahre. Der Aufbauschule liegt der Gedanke zugrunde, daß die Volksschule in lebensfähiger ungeörter Arbeit eine nicht geringe Zahl ihrer Schüler so heranbildet, daß sie fähig sind, in kürzerer Zeit zur vollen Reife einer höheren Schule emporzustiegen. Ein Vorzug gegenüber anderen höheren Schulen ist der, daß sich der Schüler erst in reiferen Jahren über seine weitere Schulbildung schlüssig zu werden braucht. Der Unterrichtsplan steht u. a. zwei Fremdsprachen vor, von denen die eine (Englisch) in Untertertia, die andere (Französisch) in Untersekunda beginnt. Anmeldungen neuer Schüler nimmt der Leiter der Anstalt entgegen.

Ausfall der diesjährigen Herbstmesse

Wie von der Breslauer Messe-W.G. mitgeteilt wird, fällt die diesjährige Herbstmesse aus. An deren Stelle treten sogenannte Großhandels-Verkaufstage, die von einer Reihe Fachverbände des Großwarengroßhandels und der Velleidungsindustrie veranstaltet werden. Die Durchführung dieser Verkaufstage ist der Breslauer Messe- und Ausstellungsgesellschaft übertragen worden.

Kamerad Seow spricht in Breslau

In der Werbekundgebung des K.F.V. am Mittwoch, dem 8. August, im „Zentralbauaal“ spricht der zweite Bundesführer des K.F.V., Kamerad Willi Seow, M.D.A., Berlin. Arbeiter, erscheint in Massen!

Aber nicht doch, lieber Entell Reinhold Dars! läßt wieder einmal in der gestrigen „Volkswacht“ seinem Netzer freien Lauf. In bekannter Art polemisiert er gegen unseren Artikel „Kaffee und Kuchen Werbemittel der SPD.“ Er behauptet, die Einladungszettel wären nur an SPD-Mitglieder ausgegeben worden, obwohl feststeht, daß sie nicht bloß an Parteilohe, sondern in halber Einsicht sogar an K.F.V.-Kameraden und K.F.V.-Mitglieder verschickt wurden. Wenn zum Anschluß Dars' Vergleiche über „Spiritus“ anstellt, wollen wir nebllos anerkennen, daß alle Kommunisten nicht so viel davon in sich haben wie Reinhold allein — soweit es sich um klüglichen handelt.

Abgeurteilte Eindreicher. Das Große Schöffengericht verhandelte gegen den Schlosser Raabe und den Döhlhändler Ritter, junge Leute von 25 Jahren. Sie waren in der Nacht zum 6. Februar beim Schlachthofdirektor Dr. Scheel eingebrochen, wo sie Gold- und Schmuckstücke von sehr großem Wert entwendeten. Bei dieser Gelegenheit wurde Raabe angepöbeln und trug einen Lungenstein davon. Das Gericht verurteilte Raabe zu zwei, Ritter zu vier Jahren Zuchthaus.

Ein Arbeitsloser klettert sich zum Fenster hinaus. In den Morgenstunden des Mittwochs, gegen vier Uhr, stürzte sich der Arbeitslose Walter L. vom Werkstraße 34 wohnhaft, aus dem Fenster des dritten Stockwerkes in den Hof, wo er tot liegen blieb. Die Beweggründe zum Selbstmord sind sicher in der Arbeitslosigkeit und der dadurch hervorgerufenen Notlage zu suchen.

Zwischen den Passieren zerquetscht. Auf dem Bahnhof Brodow fand man den Hilfskassierer Flebig zwischen den Gleisen tot auf-

Dirschstraße Nr. 16 wird abgebrochen!

Die Mieter ohne Ersatzwohnungen auf die Straße geworfen werden!

Am gestrigen Mittwoch wurden drei Familien, die das Haus Dirschstraße 16 bewohnten, auf Anordnung der Baupolizei exmittiert, da das Grundstück wegen Bauflüchtigkeit abgebrochen werden soll.

Das Grundstück Dirschstraße 16 hat schon mehrmals die Dessenlichkeit beschäftigt. Es ist eines jener Häuschen, die, aus früheren Jahrhunderten stammend, nur noch Kulnen gleichen und in denen, eine Folge des furchtbaren Wohnungselends, doch noch Menschen hausen müssen.

Kommt man die Dirschstraße entlang, fällt einem sofort das verwitterte Haus auf. Es ragt etwa drei Meter über die Straßenspitze der Straße hinaus. Wie es heißt, sollen diese drei Meter des Hauses der Stadt gehören, während der Rest im Besitz eines Privat-eigentümers ist.

Weit schlimmer als das schon furchtbare Neuhers des Hauses ist sein Inneres.

Durch einen engen niederen Gang geht es in einen „Hof“, der aus einem kleinen Stückchen Erde besteht. Die Treppe, die zu dem einzigen Stockwerk führt, sowie deren Geländer, sind in geradezu lebensgefährlichem Zustande. Man muß mit eingezogenem Kopf emporklettern, weil alles so niedrig ist. Die Wohnungen sind in einer schäuderhaften Verfassung. Wenn es regnet, strömt durch das durchlöcherichte Dach das Wasser in dieselben. Der Fußboden ist teilweise verfault. Von Fuß oder Farbe an den Wänden ist nichts zu merken. Und in solchen Höhlen mußten Menschen hausen! Nicht eine Person, sondern drei, fünf, ja in einem Falle sogar zehn Menschen.

Da ist z. B. die Familie Dewitz. Die jüngsten der sechs Kinder sind ein- und zweijährige Zwillinge. Dann ist noch die Mutter, eine Kriegerwitwe, ihr zweiter Mann, herzkrank, und die 68jährige Großmutter mit einem Pflegesohn. Die zehn Personen wohnen Tag und Nacht in einem Raum von ungefähr 12 Quadratmetern Größe. In einem Bett (ein zweites ließ sich in der kleinen Stube nicht mehr aufstellen!) schliefen sechs Personen! Mögen jene Leute, die sonst immer von „gefährdeter Moral der Jugend“ sprechen, zur Kenntnis nehmen,

daß das ganze Familienleben, bis in seine intimsten Einzelheiten einschließlich der Gedanken, sich in Gegenwart der Kinder, darunter eines 18jährigen Mädchens und eines 17jährigen Jungen, abspielte mußte.

Beil die Raumnot zu bedrückend wurde, mußte während des Winters die 68jährige alte Frau auf dem Boden nächtigen. Auf dem Boden, in den es hinein schneite und durch dessen Löcher der Wind piffte! Neun Jahre hat es die Familie dort ausgehalten. Seit fünf Jahren ist die Wohnung samt der Gemerke. Vor zwei Jahren erhielt sie einmal zwei Wohnungen zugewiesen. Die Hauswirte wolgerten sich aber, sie aufzunehmen, der vielen Kinder wegen.

Und nun wurde die Familie exmittiert! Alle Bekleidungen, Gesuche um Wohnungszugewöhnung blieben erfolglos. Datsönisch stellte man ihnen mit, daß man ihr Anrecht auf eine Wohnung „anerkennen“, aber im Augenblick „nicht helfen könne“.

Nicht viel besser liegen die Verhältnisse bei den anderen Familien. Die eine besteht aus fünf Personen, die dritte zwar nur aus Mann und Frau, beide aber sind krank; die Frau sogar operationsbedürftig.

Das besonders Standaßse an dem Fall ist, wie schon gesagt, die Tatsache,

daß das Haus abgebrochen und die Familien exmittiert werden, ohne daß sie Ersatzwohnungen zur Verfügung gestellt erhalten.

Das ist eine unerhörte, bis jetzt wohl einzig dastehende Verletzung der Mieterrechtebestimmungen. Man weiß die Exmittierten ins Obdachlosensicht und tröste sie mit einigen hüßigen Worten. Dieses Verhalten berührt um so eigenartiger, als zwei andere Familien, die bis vor einigen Wochen in dem Hause wohnten, sofort andere Wohnungen erhielten. Allerdings waren sie von fremder Denkart, was von den Exmittierten nicht behauptet werden kann.

Was sagen die Behörden zu diesem Standaß? Wann werden den exmittierten Familien endlich Wohnungen zugewiesen werden? Wie warten auf schnelle Antwort!

Sparr Wasser! schreibt der Magistrat. In einer Bekanntmachung ersucht der Magistrat beim Wasserverbrauch größte Sparamkeit walten zu lassen, da infolge der großen Hitze die Vorräte an Grundwasser zu versiegen drohen.

In den Strandbädern Westend und Norden soll, allgemeinen Wünschen der Badegäste entsprechend, nimmehr auch die Ausbesserung von Badewägen der Badegäste eingeführt werden. Die Gebühr beträgt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit 3 Mark für ein großes Bad, 2 Mark für ein kleines Bad bis 15. September 1928.

Vermischt wird seit 30. Juli die beruflose Magdalena Flebig, geboren am 24. Juli 1914 zu Breslau, hier Reihgasse 29 wohnhaft gewesen, 1,55 bis 1,60 Meter groß, schwarzer Pubikopf, starke Figur, gebräuntes Gesicht, graue Augen, hat Ohrenschädel, trägt aber keine Ohrringe, an der linken Wade hat sie eine Warg. Bekleidung: ohne Kopfbedeckung, rotweiß punktiertes Kleid, weißes Hemd, dunkelbrauner Schürzer, schwarze Strümpfe, schwarze Spangenschuhe. Um Nachricht bittet die Kriminalpolizei, Breslau, Schußbrücke 46, Zimmer 10/11. — Vermischt wird seit 22. Juli der Arbeiter Otto Dittmann, geboren 10. März 1910 zu Breslau, Krullnerstraße 10/20, bei Eltern wohnhaft gewesen, 1,60 Meter groß, schmächtig, blond, längliches, gebräuntes Gesicht, blaugraue Augen, absteigende Ohren, lücken- hafte Zähne.

Kameradschaftsfest der Abteilung 6 am Sonntag, dem 6. August, bei Sauer, Gräbischer Straße 26A. Vorgelesen sind Konzerte der Schalmeientruppe, Verlosung und andere Ueberraschungen. Eintritt 10 Pfennige pro Person, Kinder frei. Jedes Kind erhält ein Geschenk.

Internationaler Bund der Kriegssopier. Freitag 20 Uhr im „Goldenen Rads“, Ursulinerstraße 21, öffentliche Mitgliederversammlung. Thema: „Kriegsvorbereitungen und Abwehr“ (Referent Genosse Erbe). Gäste willkommen.

Freier Sportverein Breslau 1925. Unseren Brüdern erheben und Anhängern zur Kenntnis, daß sich unser Vereinslokal ab Freitag, den 3. August, bei Gastwirt Frick Hoffmann, Pöpelwitzstraße 15/17, befindet. Die Adresse des Kassierers ist: G. Krause, Promnitzstraße 14. Nächste Mitgliederversammlung Freitag, den 3. d. M. 21 Uhr.

Breslauer Volkstheater. In den Orchesterkonzerten, die die Schlesische Philharmonie im Südpark und in der Hauptkassanwirtschaft an der Jahrhunderthalle veranstaltet, erhalten die Mitglieder in der Geschäftsstelle Eintrittskarten mit Abzügen, die für sechs Konzerte Gültigkeit haben, zum sehr ermäßigten Preise von 3,50 Mk.

Mittelschlesien

Oblau. An einer Schuhzweide erstickt. Das sechs- jährige Töchterchen Meta des Gaswerkarbeiters Kinast nahm in einem unbeobachteten Augenblick Schuhzweide in den Mund und verschluckte eine davon. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen.

Peisterwitz. Genosse Heud bei den Peisterwitzer Arbeitern. Am vergangenen Sonnabend kam der Genosse Heud auch nach Peisterwitz, um hier zur Arbeiterschaft zu sprechen. Zu seinem Empfang hatten sich Hunderte von hiesigen Arbeitern eingefunden. Die meisten von ihnen waren kurz vorher erst aus der Arbeit gekommen. Von der Endstation des Postautos ging es dann nach dem Versammlungsort. Nach der Begrüßung durch die Vor- sitzenden der K.F.V. und der Roten-Hilfe-Ortsgruppen und des Vor- sitzenden des Ortsausschusses des A.D.V. ergriff Genosse Heud das Wort, stürmisch begrüßt von den etwa 300 Anwesenden. Die Bour- geoisie hat es nicht vermocht, den aufrechten Klassenkampf zu beugen. In seiner Rede hat er nicht Voblieber auf die Berechtigung und An-

fändigkeit der Strafvolzugsbeamten gesungen, wie es Paul Böbe tat. Mit aller Schärfe rechnete Heud mit der SPD. ab. Gerade SPD-Leute waren es, die bei seiner Verurteilung als Beifester mit- wirkten. Wenn der SPD-Mann Häusler erklärt hat, daß die Kom- munisten die Arbeiter in die Zuchthäuser bringen und die SPD. hofe sie wieder heraus, so ist es gerade umgekehrt der Fall. Nicht der SPD., sondern den revolutionären Arbeitern, der K.F.V. und den roten Helfern werden die befreiten Genossen danken. Nach Schluß der Ausföhrungen Heuds wurde eine Entschließung auf Freilassung Margles und der anderen noch im Zuchthaus schmachtenden Genossen angenommen. Für die Unterstützung der Amnestierten wurde eine Tellerfamtsung vorgenommen, die den schönsten Betrag von 20,50 Mk. ergab. Außerdem wurde noch eine ganze Anzahl Neuaufnahmen gemacht, und zwar 4 für die K.F.V., 6 für die Rote Hilfe und 16 für den K.F.V. Nach einer letzten Aufforderung Heuds, weiterzuarbeiten für die revolutionäre proletarische Bewegung wurde die Versammlung geschlossen. Am Sonntagvormittag brachten die Genossen den Genossen Heud zum Postauto.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
- Breslau
 - Stadteil Ost. Freitag 20 Uhr Funktionärsitzung im „Webst- schloß“, Webstlystraße. Funktionärsausweis mitbringen!
 - Stadteil Süd. Freitag 20 Uhr gemeinsame Zellenversammlung der Straßengassen 1 und 2 bei Zante, Friedrichstraße 41.
- Kommunistischer Jugendverband
- Breslau
 - Nord. Donnerstag 19,30 Uhr bei Schneider, Rosen- Ecke Otto- straße, Helmaabend. Referent Genosse Maxim.
 - Görlitz. Freitag 20 Uhr im Jugendheim Versammlung. Gäste sind willkommen!
- Roter Frontkämpfer-Bund
- Breslau.
 - In dem gestrigen Versammlungskalender steht unter Abteilung 2 eine Mitteilung, in welcher die Abfahrt eines Autos nach Oppeln bekanntgegeben wird. Wir geben bekannt, daß die Organisation und die Org.-Leitung des K.F.V. Ortsgruppe Breslau mit dieser Auto- fahrt nichts zu tun haben. Die Mitteilung ist durch ein Versehen auf- genommen worden.
 - Ebenfalls in der gestrigen Nummer steht eine Notiz, wonach ein Platzkonzert auf dem Wäckerplatz abgehalten wird. Dieses Platz- konzert findet nicht auf dem Wäckerplatz, sondern auf dem Neumarkt statt.
 - Abt. 6. Donnerstag 19 Uhr Ueben der Epistelente bei Sauer.
 - Freitag 18,30 Uhr alles antreten in Bundesleitung bei Zante. Kapelle vollständig.
 - Görlitz. Freitag 20 Uhr im Felsenkeller Vollversammlung des K.F.V. Grünberg. Freitag im „Goldenen Frieden“ außerordentliche Mit- gliederversammlung. Ref. Kamerad Wollweber
 - Niegnitz. Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Fest“. Die Kameraden, die mit Auto zum Gautreffen nach Niegnitz fahren wollen, melden sich bis zum 6. August bei Kamerad Jäch.
 - Altwasser. Freitag 19 Uhr Kameradschaftsabend im „Ein Kreuz“ zu Altwasser.
 - Altwasser, K.F.V. Donnerstag 19,30 Uhr Mitgliederversammlung bei Gen. Krügel, Bauverein 20.
 - Görlitz, K.F.V. Donnerstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal „Zur Alstadt“.

Verantwortlich: für den politischen Teil Kurt Dorn... für den... und die... Zeit... Breslau

Herkaus zur Anti-Kriegskundgebung

Sonnabend, 19 Uhr, auf dem Neumarkt

Tretet ein in den Roten Frontkämpfer-Bund!

Waldenburger Bergland

Hochkonjunktur im Bergbau

Auf Grund des offiziellen Berichtes des Niederschlesischen Steinkohlensyndikats kann man die Lage des Waldenburger Bergbaues durch folgende Zahlen kennzeichnen:

Förderung in Tonnen		
	monatlich:	täglich:
Juni 1913	435207	17408
Mai 1923	455296	18212
Juni 1923	487345	18744

Die Zahlen zeigen, daß der Waldenburger Bergbau eine Zeit der ausgesprochenen Hochkonjunktur durchmacht. Und die Bergarbeiter lähnen?

Ein Ledermaul. Ein französischer Artist des Zirkus Sarrasani lernte seinen Dogenwirtin sämtliche mit Erdbeeren gefüllte Einlagegläser. Er erhielt dafür von seinen Kollegen eine Tracht Prägeln.

Unfall beim Baden. Als der 73jährige Invalide Hermann Poremann aus Weißstein ein Bad nehmen wollte, rutschte er so unglücklich aus, daß er einen Oberschenkelbruch erlitt und in das Knappschäftlazarett eingeliefert werden mußte.

Ueberfahren. Der Bauarbeiter Artur Adelt aus Altwasser wurde von einem Pferdewagen überfahren und erlitt eine Brustquetschung und Gehirnerschütterung, so daß er ins Knappschäftlazarett überführt werden mußte.

Wälgersdorf. Das Kinderfest der Steinarbeiter war zu aller Zufriedenheit verlaufen. Trotz der schlechten wirtschaftlichen Lage hatte man durch Sammlung unter sich und bei einigen Geschäftskleuten so viel aufgebracht, daß 80 Kinder bewirtet werden konnten. Des weiteren konnte allen Kindern noch ein besonderes Geschenk gemacht werden. Zur Verschönerung des Festes hatte man sich die Gottesberger-KFV-Schalmeykapelle bestellt. Schon vor mittags gab diese im Garten des Hotels „Zur Sonne“ ein Konzert zugunsten der roten Hilfe. Um 14 Uhr marschierte die Kapelle ins Oberdorf. Hier an der Eisenbahnbrücke nahmen die Kinder und Eltern Aufstellung. Unter den forschenden Blicken der Schalmey ging es nach Kaltwasser zu Strauch. Hier begann ein fröhliches Treiben. So verliefen schnell die Nachmittagsstunden. Beim Dunkelwerden ließ ein Feuerwerk die Augen der Kinder überträcht, teilweise sogar erschreckt, auf das Selbsttote, was sich da abspielte, starren. Ein Fackelzug bildete den Abschluß des Festes.

Am Donnerstag Antreten. Die Genossen und Kameraden treten um 7 Uhr (abends) an der „Sonne“ an, zwecks Abholung des Genossen Heud vom Bahnhof Wälgersdorf.

Anti-Kriegskundgebung! Arbeiter, Arbeiterinnen heraus zur Anti-Kriegsdemonstration am Sonnabend, dem 4. August. Antreten zum Demonstrationszug abends 8 Uhr an der Eisenbahnbrücke Ober-Wälgersdorf.

Achtung, Liebau-Fahrer, die sich noch nicht gemeldet haben, melden sich bis Sonnabend, dem 4. August, bei ihren Gruppenführern oder dem Genossen Franz. Auch Sympathisierende können sich zur Teilnahme melden.

Steingrund. Ein eigenartiger tödlicher Unfall. Die 66jährige Ehefrau des Berginvaliden Heinrich Reer erlitt einen Krampfanfall. Da sie vor der Kommode saß, fiel sie so unglücklich mit dem Kopf darauf, daß ihr von der Platte der Hals eingebrückt wurde. Die Frau erlitt die Hilflosigkeit.

Genosse Heud spricht

am Donnerstag, dem 2. August, um 19,30 Uhr in Wälgersdorf, Hotel „Zur Sonne“.

am Freitag, dem 3. August, um 21 Uhr in Schweidnitz, „Stadt Breslau“.

Oberes Revier

Nadunfall. Bei der Fahrt durch Mittel-Konradswaldau ließ der Frau Viehhändler Frieda Wohlhahrt aus Rothensbach ein Hund ins Fahrrad, so daß sie stürzte und sich eine schwere Verletzung des linken Beines und des linken Armes zuzog. Der Arzt stellte einen Bluterguß im rechten Knie fest.

Schweidnitz

Genosse Heud

kommt am Freitag, dem 3. August, nach Schweidnitz. Arbeiter, bereitet dem Genossen einen würdigen Empfang.

Niederschlesien

Görlitz

Wir ersuchen alle Leser der „Arbeiter-Zeitung“, pünktlich und regelmäßig das Abonnementgeld an die Austräger zu entrichten und denselben keine Schwierigkeiten zu bereiten. Die Zeitung der kommunistischen Partei ist das Sprachrohr der klassenbewußten Arbeiterschaft und wird deshalb von den übrigen kapitalistischen Unternehmen sabotiert. Geldmittel wie den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungsunternehmungen stehen uns nicht zur Verfügung, und sind wir deshalb auf die pünktliche Zahlung der Abonnenten angewiesen.

Schwere Verkehrsunfälle. In der Lutherstraße stieß der Monteur Rudolf auf seinem Motorrad mit einem großen Wanderwagen zusammen. Der Motorroller wurde vom Sitz geschleudert und erlitt schwere Verletzungen. — Infolge zu raschen Bremsens stürzte an der Ecke der Viktoriastraße der Kaufmann Bruno Seidel. Er brach eine Rippe und erlitt innere Verletzungen. — Bei einem Zusammenstoß mit einem Personenkraftwagen erlitt ein Radfahrer Brustquetschungen und Handverletzungen.

Tod im Biber. In der Nähe der alten Schwimmanstalt in Löwenberg wurde die Leiche des Arbeiters Richard Hartmann aus Ober-Görlitz gefunden. Er wurde aus dem Biber gezogen. Das Fahrzeug des Ertrunkenen, an dem die Kleidungsstücke hingen, fand am Ufer. Als Todesursache wird Herzschlag angenommen.

Vom Auto erfaßt. Der Eisenbahnarbeiter Ernst Bertram aus Liebenhals wurde auf der Straße Liebenhals-Dittendorf von einem Auto mit seinem Fahrer erfaßt und ein Stück mitgeschleift. Er erlitt einen schweren Rückenbruch und schwere Quetschungen am Rücken, an Händen und Beinen. Der Zeigefinger der rechten Hand wurde amputiert und der Verunglückte ins Krankenhaus gebracht.

Grünberg

Grünberger Auslese

Modernster Sklavenhandel.

Wunderbar wirken sich die Segnungen des Arbeitslosenverdingungsgehezes aus. Dafür hier ein krasses Beispiel: Von Arbeitsnachweis wurden einige ausgeheuerte Arbeiter nach Frankenstein in Sachsen zum Bahndam vermittelte. Versprochen wurde ihnen ein Stundenlohn von 88 Pfennigen. In Frankenstein angekommen, ist keine Unterkunft vorhanden. Stundenlohn gibt es nicht, nur Afford, und zwar Penjurnarbeit, so daß bei angestrengtester Arbeit das Pensum in 12—14 Stunden erreicht wird. Der Schachtmeister kümmert sich auch nicht im geringsten darum, daß die müden, hungrigen Proleten eine Unterkunft erhalten. Alles Suchen ist umsonst, nachts um 12 Uhr stehen die Proleten noch mit ihrem Gepäck auf der Straße vor dem Hotel, in dem der Schachtmeister wohnt. Da kommt dieser Herr, in jedem Arm ein Weißbrot, quetschvergnügt an, die Proleten sieht er aber nicht. Wohl hat er ihnen schon am Tage gesagt: „Arbeiten müßt Ihr, bis das Blut kommt, dann bekommt Ihr Geld!“ Die Proleten hätten diesem Burlesken einen ordentlichen Denzettel geben sollen. Die erste Nacht haben die Arbeiter auf freiem Felde schlafen müssen. Am anderen Tage hat ihnen der Polizeivorsteher eine Bescheinigung ausgestellt, daß am Orte keine Unterkunft zu erhalten ist. Vollständig mittellos sind nun dieser Tage die Arbeiter zurückgekehrt. Jetzt wird ihnen die Armenunterstützung entzogen, denn die Herren stehen auf dem Standpunkt, sie wollen nicht arbeiten. So etwas passiert in der freien deutschen Republik. Und da haben die Sozialdemokraten noch die Stirn, zu sagen, das NS hat der Arbeiterschaft Vorteile gebracht. Von den Leuten ist man das schon gewohnt, jeden Verrat, den sie begehen, als Erfolg zu feiern. Aber immer mehr erkennen die Arbeiter, wenn sie dies zu danken haben, und der Tag wird kommen, wo diese Herren den verdienten Fußtritt erhalten.

Das Baradenelend

Der Magistrat scheint nun endlich daran zu gehen, die Baraden verschwinden zu lassen. Es ist in dieser Frage schon ein langes und breites gemacht worden. Vor allem hat sich da auch der ehemalige

Bürgermeister Dubrier bewilligt. Dieser Mann bezieht die bescheidene Pension von jährlich zirka 7500 Mark, und böse Zungen behaupten, er setze sich nur darum für die Beseitigung der Baradenwohnungen ein, damit er den Proletengeruch unmittelbar vor seiner Villa loswerde. Also, die Behörde fängt an Ernst zu machen, was sehr zu begrüßen ist. Aber leider muß man dem hiesigen Wohnungsamt einen Vorwurf machen, denn es schlägt bestimmt nicht den richtigen Weg ein. Zum Beispiel vermittelt man einem ausgeheerten Familienvater eine 2-Zimmer-Wohnung in dem Neubau Brandt. Die Wohnungen dort sind sehr schön und würde der Prolet gern einziehen, aber, o Schreck, 33 Mark monatlich kann er beim besten Willen nicht bezahlen, zumal eine Hauszinssteuerermäßigung bei einem Neubau nicht in Frage kommt. Er muß also blutenden Herzens verzichten, weil er im Höchstfall nur 20 Mark bezahlen könnte. Warum vermittelt das Wohnungsamt nicht die Neubauwohnungen an qualifizierte Beamte, die in sicherer Lebensstellung sind und ein hohes Gehalt beziehen? Man kann leider immer wieder feststellen, Beamte, auch solche, die erst ganz kurze Zeit in Grünberg anwesend sind, erhalten billige Wohnungen in vorzüglicher Lage erbaute Häuser und die teuren Wohnungen weiß man größtenteils der Arbeiterschaft zu. Auf diesem Wege wird das Wohnungselend niemals beseitigt werden, sondern nur dann, wenn die Hauszinssteuer restlos dem billigen Wohnungsbau zugeführt wird.

Die Untersuchungen in der Unterschlagungsaffäre Heinze ziehen sich beständig in die Länge. In dieser Angelegenheit scheint die Behörde nicht so kurzen Prozeß zu machen, wie mit den Proleten, die kurzerhand abgeurteilt werden. Heinze hat ja auch bei seiner Bürortätigkeit im Gefängnis nichts auszuweisen. Wir glauben bestimmt annehmen zu dürfen, wenn Heinze nicht jüdisch persönliche Freiheiten genießen würde, würde er sicher eher ein Geständnis abgeben, das vielleicht darüber Klarheit bringt, mit „wem“ er die 32 000 Mark verpulvert hat.

Neusalz

Ein Jaktboot auf der Fahrt nach der Döfze gekentert. In der Nähe der „Alten Fähre“ kenterte ein Klepperboot, das zwei Thüringern gehört, die sich auf einer Jaktbootfahrt von Donauwörth—Wien—Breslau—Stettin befanden. Ein auswärtiges Motorboot überholte das Jaktboot, ohne vorher Warnungssignale gegeben zu haben. Das kleine Boot geriet mit dem Bug unter das Motorboot, kenterte und wurde derart beschädigt, daß die beiden Fahrer ihre Reise nicht fortsetzen konnten. Sie selbst wurden nicht verletzt.

Straßenunfall. Der Arbeiter Johannes Treuz wurde auf der Chaussee zwischen Neusalz und Neustädtel von einem Auto umgefahren und schwer verletzt.

Sagan

Aus dem Gerichtssaal

Der Verfolgungsmanöver der deutschen Gerichtsbehörden gegen die kommunistische Partei und die mit ihr sympathisierenden Organisationen ließ auch der hiesigen Gerichtsbarkeit keine Ruhe, und man knobelte nach allen Richtungen, wie wohl das Prestige der Saganer Justizmaschine vor den Augen der Epischbürger wieder hergestellt werden könnte. Ein Anlaß dazu war bald gefunden in der Sammlung der roten Hilfe Weihnachten 1927. Vom molligsten Orangen des bürgerlichen Pressereperts begleitet, wurde gegen mehrere Genossen ein Prozeß angehängt, der aber, da die Sammelstiftung spurlos verschwunden waren, in der Sitzung am 21. Juli niedergelegt wurde, da nach dem am 14. Juli in Kraft getretenen Amnestiegesetz alle politischen Vergehen, die vor dem 1. Januar begangen wurden, außer Verfolgung gesetzt werden. Die Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen, und damit ist wieder ein Fall erledigt, an dessen Zustandekommen sich einige prominent sein wollende Saganer Stadtgrößen hervorzogend beteiligten.

In der zweiten Verhandlung standen sich der Kraftwagenführer der Firma Riebel aus Sorau und der Saganer Landjäger E. Riebel (sieht in Sprottau) gegenüber. Letzterer ist vom Kraftwagen der

Antreten sämtlicher proletarischen Organisationen um 20 Uhr am Hauptbahnhof. Eintreffen des Zuges 20,27 Uhr. Demonstrationszug durch die Stadt bis zum Lokal „Stadt Breslau“. Dasselbst öffentliche Versammlung. Genosse Heud spricht über: „Sozialistisches Regieren und Amnestie“. Arbeiter, heraus zu dieser Kundgebung!

„Alle Leute brauchen wir nicht!“ Vorige Woche wurde wieder gezeigt, wie das kapitalistische Ausbeutungswesen beschaffen ist. Zwei Arbeiterfrauen, 34 und 42 Jahre alt, fragten bei der bekannten Firma Wehner & Berg wegen Arbeit an. Doch, ein Blick auf die Invalidentarte und schon hieß es: „Nein, wir können Sie nicht gebrauchen. Nur jüngere Leute sind nötig. Sie sind zu alt!“ — Dabei muß noch erwähnt werden, daß eine der genannten Frauen aus größter Not zur Nachfrage wegen Arbeit gezwungen war, denn sie war schon dreimal operiert, wegen Unterleibsleiden infolge der „guten Kost“ und der „schönen Zeiten“!

Freiburg

Familienausflug der Freien Turner. Sonntag, den 5. August, findet der Familienausflug nach Folsendorf statt. Abmarsch Punkt 14 Uhr vom „Goldenen Kreuz“ in Polzmit. Für Unterhaltung ist Sorge getragen. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Striegau

Balger festgenommen und — freigelassen

Am Dienstag vergangener Woche suchte die Polizei den Tschschener Wald ab, weil angeblich Balger dort gesehen wurde. Wie ungeheuer die Polizei war, zeigt folgender Fall: In Zivil gekleidet und mit Arabieren ausgerüstet durchsuchte man den Wald. Als nun der zukünftige Revierführer den Polizeibeamten sah, glaubte er den Raubmörder gefangen zu haben. Aber wach ein Gelächter, als sich herausstellte, daß es ein Polizeibeamter war.

Wir raten, bei der nächsten Suche vorsichtiger zu sein! Auf die Straße geworfen wurde der Steinarbeiter Paul Dierel, wohnhaft in Gräben bei Frau Ruhbeck. Derselbe wohnte fünf Jahre in der Wohnung, jetzt hat er diese Frau ein, sie brauche die Wohnung als Dienstwohnung. Die Frau ist Ehrenmitglied des Vaterländischen Frauenvereins. Nach aushenken will sie der reinste Engel sein, aber daß dieser Steinarbeiter seine Möbel in die Scheune stellen und im Gasthause schlafen muß, das rührte sie nicht.

Jauer

Einen Selbstmordversuch wegen Erkrankung unternahm im Hertwigswaldau eine junge Frau, indem sie sich in die Brust schoß. Sie wurde ins Kreiskrankenhaus eingeliefert.

genannten Firma am 18. Januar 1927 angefahren worden, wobei sich das Pferd des Landjägers ein Bein brach. Der Kraftwagen hatte vorchriftsmäßig den Ketter überholen wollen, als dessen Schinder, schenke und rüchlings auf Auto stürzte, während der Ketter im Chausseegraben gymnastische Übungen ausführte, deren Folgen derartig waren, daß er drei Wochen das Bett hütete. Schon früher, das sei hier mit erwähnt, führte Striebel mit seinem Schinder derartige Kunststücke aus. So auch am „Antifaschistentag“ 1928 in Sagan, wo er brutal in die demonstrierenden Arbeiter an der Oberbrücke ritt und nur durch Zufall einer ihm zugehenden Tracht Prügel entging. Das Gericht verurteilte den Kraftwagenführer zur Erlegung der Kosten, 50 Mark Geldstrafe oder 10 Tage Gefängnis.

Ein Eisenberger Landwirt hatte sich ohne Waffenchein ein 6-Millimeter-Gewehr angeschafft und dieses auch in der Nähe von bewohnten Gebäuden zum Schießen benutzt. Das Gericht, das für diese Spielerei kein Verständnis hatte, verurteilte ihn in zwei Fällen zu je 10 Mark Geldstrafe.

Der „Danf des Vaterlandes“

Spricht nicht von deinem Leiden hier in diesem Zimmer, leide es auch nicht von andern, sonst wird es immer schlimmer.

Oberstehender dichterischer Erguß prangt im Wartezimmer des Versorgungsamtes Liegnitz und soll ins Deutsche überfetzt heißen: Sprich nicht von deinem Leiden, weil es den Staat Geld kostet. Sehr deutlich wurde das dem Kriegsbeschädigten Welker aus Sagan vor Augen geführt. Welker wurde durch Granatplitter am linken Bein schwer verwundet und erhielt dafür eine Rente von 20 Prozent, wurde aber später mit ganzen 600 000 Papiermark abgefunden. Seine wiederholten Bemühungen, wieder in den Besitz seiner Rente zu kommen, wurden brädel vom Versorgungsamte abgewiesen, obwohl er seit 1925 genötigt ist, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Begründet wird die Ablehnung damit, daß seine Erwerbsminderung unter 25 Prozent betrage. Nicht genug, daß man den berechtigten Rentenanspruch ablehnt, glaubt das Versorgungsamt in Liegnitz den Kriegsbeschädigten noch verhöhnen zu können. Auf der letzten Ausfertigung der Spruchkammer, die man ihm am 23. Juni zuschickte, prangt in großen Lettern „Im Namen des Volkes“. Wäre der Kriegsbeschädigte einer von der Serie der Tappenhelden, würde das Urteil wohl etwas anders ausgefallen sein, aber so ist er ja nur ein winziger Teil von dem Kanonensputter.

Hagnau

Kaiser Tod. In einem hiesigen Restaurant wurde ein Schuchmachermeister plötzlich vom Gehirnschlag ereilt, und der Tod trat auf der Stelle ein.

Aus dem Riesengebirge

Heraus zum Grenztreffen in Liebau!

Als Abschluß der diesjährigen Antikriegslampagne findet am Sonntag, dem 12. August, das Grenztreffen in Liebau statt. An diesem Treffen müssen sich sämtliche Firscherberger Genossen und Kameraden beteiligen. Die Fahrt nach Liebau erfolgt Sonntag früh 6,30 Uhr im Auto von der unteren Promenade ab. Antreten 8 Uhr. Anmeldungen zu dieser Fahrt müssen bis zum Montag, den 6. August, beim Kameraden Burghardt, Sand 7, erledigt sein. Spätere Anmeldungen können nicht berücksichtigt werden. Das Fahrgehalt beträgt pro Person 2 Mark und muß bis Sonnabend, den 11. August bezahlt sein. Autofahrkarten sind bei Kamerad Burghardt erhältlich.

Rüstet
zum Internationalen
Jugend-Tag!